

Politische Berichte

Zeitschrift für sozialistische Politik



- **Warum es die Bahn nach Hamburg zieht und was dabei auf der Strecke bleibt – Seite 4**
- **Chefsache Vertreibungszentrum – und wie es aussehen soll – Seite 6**
- **Neonazi-Aufmarsch in Karlsruhe mit friedlichem Protest verhindert – Seite 12**
- **Tarifrunde 2005 in der Metallindustrie und bei den Versicherungen – Seite 14**
- **Die Linke.PDS beschließt Doppelmitgliedschaft für WASG und Kommunalpolitische Leitlinien – Seite 19**

Ausgabe Nr. 25-26 am 15. Dezember 2005, Preis 1,80 €



Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung „Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften.

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
– ERSCHEINT VIERZEHTÄGLICH

Herausgegeben vom: Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider (verantwortlich), GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 188820, Fax: 040 / 43 188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de – Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de

Diskussion / Dokumentation: Rüdiger Lötzer (verantwortlich), Postfach 210112, 10501 Berlin, e-mail: gnn-berlin@onlinehome.de – Hardy Vollmer, GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761 / 34961

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221 / 211658, Fax: 0221 / 215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,80 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabonnement kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 54,60 €, Sozialabo: 46,80 €. Ausland: + 6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

o 4 Ausgaben für 10 € (beilegen) zum Kennenlernen

o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)

o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)

o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)

o Halb- o Jahresabo neue Länder (27,30 / 54,60 €)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

Über 21.500 (Wieder)-Ausbürgerungen seit 1.1.2000

Heute im Bundestag, 8.12. rül. Die Bundesregierung hat nach eigenen Angaben keine Gesamtzahlen über Personen, denen die deutsche Staatsangehörigkeit wieder aberkannt wurde, weil sie ihre (frühere Herkunfts-)Staatsbürgerschaft behalten oder wieder erworben haben. Das geht aus ihrer Antwort (16/139) auf eine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke und Sevim Dagdelen aus der Fraktion Die Linke (16/74) hervor. Die beiden Abgeordneten hatten sich auf Pressemeldungen berufen, wonach rund 50.000 Eingebürgerte die deutsche Staatsangehörigkeit verlieren oder bereits verloren haben, weil sie ihre alte Staatsangehörigkeit wieder erworben haben. Das Herkunftsland Türkei spiele eine besondere Rolle, so die Regierung, weil Eingebürgerte türkischer Herkunft, die zunächst ihre alte Staatsangehörigkeit aufgegeben und sie später wieder angenommen hatten, bis zum Jahr 2000 nicht mit Konsequenzen rechnen mussten. Die von offizieller türkischer Seite genannte Zahl von Rückeinbürgerungen habe die Länderbehörden veranlasst, vor Wahlen zum Landtag und zum Bundestag gezielte Anschreiben- und Informationsaktionen zu starten, um die Wahlberechtigung überprüfen zu können, heißt es in der Antwort. Danach seien bundesweit etwa 21.500 Betroffene türkischer Herkunft ermittelt worden, die ab 2000 ihre deutsche Staatsangehörigkeit aufgrund der türkischen Rückeinbürgerung verloren haben und nun einen Aufenthaltstitel benötigen.

Weiter Streit um EU-Arbeitszeitrichtlinie

Süddeutsche Zeitung, 10.12. rül. Die Arbeitsminister der 25-EU-Staaten haben sich am 8. Dezember in Brüssel erneut nicht auf eine Neufassung der EU-Arbeitszeitrichtlinie einigen können. Die britische Präsidentschaft hatte vorgeschlagen, in der neuen Richtlinie die Wochenarbeitszeit auf 48 Stunden zu begrenzen. Darüber waren sich alle einig. Ebenfalls Einigkeit bestand darüber, dass Bereitschaftsdienste – etwa von Ärzten an Krankenhäusern – nicht als Arbeitszeit gelten sollen. Der Europäische Gerichtshof hatte vor einiger Zeit geurteilt, dass solche Bereitschaftsdienste auf Basis der alten Arbeitszeitrichtlinie als Arbeitszeit gelten. Das Urteil war von Gewerkschaften und Ärzteverbänden begrüßt worden, hätte aber erhebliche Mehrkosten für Krankenhäuser und Kassen zur Folge gehabt. Mit der neuen Richtlinie stellen sich alle Regierungen der EU gegen Ärzte und Gewerkschaften und sorgen dafür, dass

auch in Zukunft extreme Bereitschaftsdienste von Ärzten und Pflegekräften verlangt werden können. Zwei Punkte sind dennoch weiter strittig. Zum einen will die britische Präsidentschaft die schon in der alten Richtlinie enthaltene umstrittene „opt-out-Klausel“ unbefristet verlängern. Die Klausel erlaubt jedem EU-Land, Abweichungen von der 48-Stunden-Schranke fortzusetzen bis zu 65 Stunden wöchentlich. Auch die deutsche Regierung will diese Abweichungsklausel unbefristet weiter gelten lassen, während Frankreich, Spanien, Belgien und Schweden nur zu einer befristeten Verlängerung bereit sind. Zweiter Streitpunkt ist, ob die 48-Stunden-Schranke pro Person oder pro Arbeitsvertrag gilt. Die britische Regierung will die Schranke pro Arbeitsvertrag, was bei mehreren Jobs extreme wöchentliche Arbeitszeiten zur Folge haben kann. Das lehnt sogar die Bundesregierung ab. Mit einer Einigung noch unter der britischen Präsidentschaft, also bis Jahresende, wird nicht mehr gerechnet. Nach einer Einigung der Minister muss auch das Europaparlament noch zustimmen, bevor die neue Richtlinie in Kraft treten kann.

Verfassungsschutz prüft Sanitäter, Journalisten und Handwerker

Ngo-online.de, 9.12. alk. Das Akkreditierungsverfahren zur Fußball-Weltmeisterschaft ist nach Ansicht des schleswig-holsteinischen Datenschutzbeauftragten Thilo Weichert wegen schwerwiegender Rechtsverstöße illegal. Weichert hält ein Akkreditierungsverfahren nicht grundsätzlich für unzulässig. Es müsse sich jedoch „in einem rechtsstaatlichen Rahmen bewegen“. Derzeit drohten selbst Menschen von einem Tätigkeits- oder gar von einem Berufsverbot betroffen zu sein, von denen nichts anderes als Propaganda-Aktivitäten gespeichert seien. Auch die „Einwilligung“ zur Sicherheits-Überprüfung helfe nicht, so Weichert. Denn einerseits erfolge sie nicht freiwillig, und andererseits sei überhaupt nicht sichergestellt, dass sie vom Überprüften ausgehe – denn sie erfolge nur durch einen nicht verifizierten Klick auf der Internet-Seite des WM-Organisationskomitees.

Ostsee-Pipeline immer schlimmer

Aus den Irritationen im Baltikum, der Ukraine und vor allem in Polen, die wegen der Erdgaspipeline durch die Ostsee entstanden waren, konnte man bereits schließen, dass hier erstens eine konkrete Problematik vorliegt, Umwelt, wirtschaftliche Interesse etc., zweitens aber diese Aktion als Indiz für eine gefährliche Richtung der deutschen Ost-

Politische Berichte im Internet: www.gnn-verlage.com

politik begriffen wird. Diese Pipeline konstituiert eine Achse Berlin–Moskau, zwei Mächtige verwandeln ihre Nachbarn in bloßen Zwischenraum. Die Handhabung dieses politisch hochbrisanten Objekts soll nun in die Hände des Altkanzlers Schröder gelegt werden. Nur scheinbar ist die abstoßende Verwirrung von wirtschaftlichem Interesse und Staatspolitik ein Charakterfehler Schröders. Der frühere Kanzler bildet mit seinen Aktivitäten die Legierung von wirtschaftlichem und politischem Expansionsinteresse ab. Die Länder zwischen Russland und Polen haben imperialistisch agierende Nachbarn.

Der Markt ist offen

7.12. *hav.* Begleitet von mehreren Demonstrationen von EU- und Nato-Gegnern, verkündete ein sichtlich zufriedener Präsident Viktor Juschtschenko, dass die EU dem östlichen Nachbarn den Status eines „Landes mit Marktwirtschaft“ verliehen habe. Hinter dieser Bezeichnung verbirgt sich für die Ukraine die Möglichkeit, vereinfacht in die EU zu exportieren sowie eine bessere Ausgangsposition in den laufenden Verhandlungen über einen Beitritt zur Welthandelsorganisation. Ansonsten gab es wenig Konkretes: Ein Memorandum bezüglich der Energiepolitik wurde beispielsweise unterzeichnet. Hier geht es vor allem um Sicherheitsfragen in der Atompolitik sowie um die seit Jahren verhandelte Ölpipeline von Odessa-Brody bis ins polnische Plock. Eine zweite Erklärung betrifft eine Vereinbarung bezüglich der zivilen Luftfahrt, mit der die Ukraine stärker an die EU gebunden werden soll. Drittens wurde der Ukraine eine Zusammenarbeit im Satelliten-Navigationsprogramm Galileo angeboten – ein strategischer Vorzug, den die Ukraine nur mit Israel und China teilt und den sie ihrer langjährigen zentralen Stellung im Hochtechnologiebereich in der ehemaligen Sowjetunion verdankt. Ein weiterer wichtiger Aspekt auf dem Gipfel war die Visapolitik. Die Ukraine hat seit dem 1. September die Visumpflicht für EU-Bürger aufgehoben. Dennoch versprach die EU ihrerseits lediglich vage, man wolle die Visavorschriften „liberalisieren“. EU-Ratspräsident Tony Blair erklärte, für eine Entscheidung müsse man die ukrainischen Parlamentswahlen im März 2006 abwarten.

Fusionswelle in der europäischen Rüstungsindustrie

Die Welt. 9.12. *hav.* Das Fusionskarussell in der französischen und europäischen Rüstungsindustrie kommt in Schwung. Der französische Marktführer für Rüstungselektronik, Thales, wird voraussichtlich mit 25 Prozent bei der französischen Kriegswerft DCN ein-



www.bundeswehr.de, 5.12. *alk.* Der Mann aus dem Verteidigungsministerium äußerte Begeisterung, als auf dem Fliegerhorst Laage die ersten Luft-Luft-Lenkflugkörper vom Typ IRIS-T an die Bundeswehr übergeben wurden. „Das ist ein wirklich wichtiger Tag, nicht nur für die Luftwaffe, sondern auch für unsere Entwicklung hin zu einer europäischen Verteidigungsidentität“, sagte Ministerialdirektor Dr. Jürgen Kaempf vom Bundesministerium der Verteidigung in seiner Ansprache. Die Bedeutung des Projekts IRIS-T sei paneuropäisch: Vor neun Jahren vereinbarten Deutschland, Spanien, Italien, Norwegen, Schweden und Griechenland die gemeinsame Entwicklung eines Nachfolgemodells für die Kurzstrecken-Luft-Luft-Rakete „Sidewinder“. Auch der Mann von der Bundeswehr äußerte sich lobend: die so schnelle Entwicklung sei ein „sichtbares Zeichen für die Fähigkeiten der europäischen Rüstungsindustrie“, stellte der Inspekteur der Luftwaffe, Generalleutnant Klaus-Peter Stieglitz (im Bild bei der Übergabe der Waffe) fest.

Nach dieser Übergabe besitzt die Luftwaffe den derzeit fortschrittlichsten und modernsten Luft-Luft-Lenkflugkörper der Welt. Die neue Kurzstreckenrakete mit dem Namen „IRIS-T“ (Infra-Red Imaging System – Trail/Trust Vector Control) ist in der Lage, Ziele in einer Entfernung von bis zu 25 Kilometern präzise zu bekämpfen. Die zentrale Neuheit des Systems ist ein abbildender Infrarot-Suchkopf. Er besitzt eine fünfmal höhere Erfassungsreichweite als die Suchköpfe vergleichbarer, älterer Flugkörper und wird von einem programmierbaren Rechner gesteuert, der eine einzigartige Bildbearbeitung mit einer hochauflösenden Wärmebildkamera beherbergt. Dadurch kann IRIS-T das eigentliche Zielobjekt erkennen und nach dem Abschuss eigenständig ins Ziel fliegen, ohne von Ablenkungskörpern in die Irre geführt zu werden – damit erweitern die beteiligten Luftwaffen ihre Angriffsfähigkeit gegen einzelne Ziele wie Gebäude, Bunker, andere Flugzeuge. Wegen der Reichweite sinkt das Risiko mit einfacheren Waffen abgeschossen zu werden.

steigen. Thales wird dabei seine Werftparte Naval und den Anteil am Fregattenbauer Armaris mit DCN verschmelzen. Branchenkreise bestätigten der „Welt“ einen entsprechenden Bericht des französischen Finanzblattes „La Tribune“. Eine Verbindung zwischen Thales und DCN gilt als Vorbedingung der Gründung eines deutsch-französischen Werftenverbundes nach dem Vorbild der EADS. Allerdings dürfte die Beteiligung von Thales auch die geplante Übernahme des Bremer U-Boot-Ausrüsters Atlas Elektronik erschweren. Die Bundesregierung, die das Geschäft genehmigen muss, fürchtet den Verlust deutschen Know-hows im U-Bootbau an den Konkurrenten DCN. Dem Unternehmen nach hat Thales für Atlas zwar das höchste Gebot abgegeben. Doch die Bundesregierung favorisiert immer noch das konkurrierende Bieterkonsortium aus ThyssenKrupp und

EADS, um zunächst eine nationale Konsolidierung zu erreichen. Wegen der Angst der DCN-Gewerkschaften vor einer Privatisierung begrenzt der Staat den Thales-Anteil auf ein Viertel. Thales, an der der Staat zu 31 Prozent beteiligt ist, ist selbst im Visier von EADS sowie des französischen Elektronikkonzerns Alcatel, der bereits mit 9,5 Prozent beteiligt ist. Der französische Panzerbauer GIAT strebt seinerseits eine Fusion mit Thales oder EADS an. Gegen Rüstungsriesen wie General Electric oder BAe Systems könne das Unternehmen mit 600 Millionen Umsatz nicht überleben, erklärte Konzernchef Luc Vigneron dem „Figaro“. „Wir müssen gegen sie eine Gruppe bilden, die genauso viel wiegt. Eine Möglichkeit wäre eine deutsch-französische Allianz.“ Zuvor müssten sich aber in Deutschland Krauss-Maffei und Rheinmetall zusammenschließen.

Warum es die Bahn nach Hamburg zieht und was dabei auf der Strecke bleibt

Ende November setzte der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg die Öffentlichkeit von weit gediehenen Verhandlungen mit der Deutschen Bahn AG in Kenntnis. Beide Seiten strebten einen Umzug der Konzernzentrale von Berlin nach Hamburg an; im Gegenzug will die Stadt der Bahn Anteile der stadteigenen Gesellschaften Hamburger Hafen und Logistik AG (HHLA) und der Hamburger Hochbahn AG (HHA) verkaufen. Über die Höhe der angestrebten Beteiligung ist noch nichts bekannt, die Bahn jedenfalls strebt Mehrheitsbeteiligung an.

Der Berliner Senat hat umgehend protestiert und sich an die Bundesregierung als Vertreterin des Bahn-Eigentümers gewandt. Diese hat zunächst dem Umzug, ausdrücklich aber nicht den damit verbundenen Absichten eine Absage erteilt. Der Bahn-Aufsichtsrat hat den Zielen des Bahn-Chefs Mehdorn seine volle Unterstützung zugesagt, hinsichtlich des Umzugs aber noch keine Entscheidung getroffen. Der Hamburger Senat hat inzwischen signalisiert, dass der „komplette Umzug“ zwar keine Bedingung sei, es jedoch entscheidend darauf ankomme, dass diejenigen, die zukünftig über „das Wohl und Wehe von Hochbahn und Hamburger Hafen- und Logistikgesellschaft“ mitentscheiden, einen „Bezug“ zu Hamburg haben müssten. Die Entscheidung wird bis Ende Februar erwartet.¹

Berlin verliert in der Konkurrenz der Metropolen

Für die Stadt Berlin bzw. die Metropolregion Berlin/Brandenburg wäre der Umzug der Konzernzentrale ein herber Schlag. Seit Anfang der 90er Jahre ist die Bruttowertschöpfung der Berliner Wirtschaft preisbereinigt rückläufig. Die Deindustrialisierung – zwischen 1994 und 2004 wurden in der Berliner Industrie ca. 163.000 Arbeitsplätze vernichtet, dagegen entstanden im Dienstleistungsbereich nur etwa 76.000 neue Arbeitsplätze – setzt sich weiter fort. Berlin hat nach Angaben des Statistischen Landesamtes (ohne Betriebe mit weniger als 20 Beschäftigten) noch etwa 100.000 Beschäftigte in der verarbeitenden Industrie, das sind etwa 30 je 1000 Einwohner – in Hamburg liegt diese Zahl etwa doppelt so hoch.² Die Meldungen von Betriebsschließungen oder Entlassungen reißen nicht ab: CNH Baumaschinen will bis Mitte nächsten Jahres ihre Berliner Niederlassung (500 Beschäftigte) schließen, Samsung das Werk im Oberschöneweide, JVC will im Spandauer Werk 220 Beschäftigte ent-

lassen, der Zigarettenhersteller Reemtsma rund 200 der 550 Arbeitsplätze streichen, bei Bosch-Siemens-Hausgeräte sind 700, beim Autozulieferer Visteon ca. 600 Arbeitsplätze bedroht.³ Schon jetzt liegt die Arbeitslosigkeit infolge des industriellen Niedergangs bei ca. 20%. 13% oder fast ein Siebtel der Bevölkerung leben von ALG II.

Die Bahn, die ihre Konzernzentrale erst im letzten Jahrzehnt von Frankfurt nach Berlin verlagerte, ist mit ca. 20.000 Beschäftigten in Berlin und Brandenburg das größte Wirtschaftsunternehmen der Region. In Berlin beschäftigt die Bahn 1.800 Menschen, davon 800 in der Konzernzentrale.⁴ Deren Arbeitsplätze würden mit dem Umzug der Zentrale nach Hamburg verlagert, wo ungefähr 1.000 Arbeitsplätze neu entstünden, wie es heißt. Die Stadtverwaltung versucht jetzt dem Vernehmen nach, Mehdorns großkotzige Wünsche für eine große Zentrale am früheren Lehrter Bahnhof zu erfüllen, um die Abwanderung zu verhindern.

Deutsche Bahn auf Expansionskurs

In diesen Tagen teilte die Deutsche Bahn mit, dass ihre Gewinnerwartung für dieses Jahr aufgrund der Entwicklungen in allen Konzernbereichen mit 550 Mio. Euro nach Zinsen deutlich übertroffen wird. Eingefahren werden die Gewinne vor allem bei den Personenzügen und im weltweiten Logistikgeschäft. Die Bahn hat 2005 rund 283 Mio. der 3,4 Mrd. Euro Bundesmittel für Investitionen ins Schienennetz nicht abgerufen. Das begründet die Bahn, die die Vorhaben mitfinanzieren muss, mit fehlenden Eigenmitteln. Tatsächlich dürfte die Vernachlässigung der Fahrwege auch darauf zurückzuführen sein, dass die Interessen des Konzerns, der für 2008 den Börsengang anstrebt, zunehmend auf anderen Feldern liegen. Das klassische Bahngeschäft machte 2004 nur noch rund 60% des Konzernumsatzes aus und wird bis 2006 wahrscheinlich sogar auf 40% fallen. Mit der jüngst erfolgten Übernahme des US-Logistik-Unternehmens Bax Global (12.000 Beschäftigte, 500 Niederlassungen mit Schwerpunkt im Asiengeschäft) durch die Bahn-Tochter Schenker ist der Konzern inzwischen in die Weltspitze der globalen Logistik-Unternehmen aufgerückt.

Diese Expansionsrichtung will die Konzernspitze durch die anvisierte Übernahme von bzw. Beteiligung an der HHLA ausbauen.

Die Hamburger Hafen- und Lagergesellschaft ist im wichtigsten Umschlagsegment des Hamburger Hafens, den

Containerterminals, das größte Unternehmen. Dazu muss man wissen, dass der Containerumschlag weltweit boomt, vor allem infolge der Tatsache, dass der Handel weitaus schneller wächst als die Produktion (in den letzten 30 Jahren ungefähr doppelt so schnell).⁵ Der Hamburger Hafen verzeichnete im letzten Jahr im Containerumschlag einen Zuwachs von 14,1%, ähnlich hoch wie schon 2003 (14,2%). Die HHLA wirbt damit, dass sie 2004 als Einzelunternehmen mit dem Umschlag von 4,6 Mio. Standardcontainern mengenmäßig den größten US-Ostküstenhafen New York/New Jersey übertroffen hat. Aber die stadteigene Gesellschaft ist längst auch auf den Feldern der Hinterlandtransportsysteme, Immobilien und Logistikdienstleistungen aktiv. Insgesamt plant sie für die nächsten Jahre Investitionen von 1 Mrd. Euro. Mit einer – erst recht einer mehrheitlichen – Beteiligung an der HHLA würde die Deutsche Bahn AG ein „komplettes Netzwerk von Überseehafen zum Endkunden“ in die Hand bekommen.⁶

Auch die Hamburger Hochbahn AG gilt „als gutes Vehikel für Expansionspläne“ der Deutschen Bahn, wie das Handelsblatt (6.12.) unter der Überschrift „Nahverkehr mit Sex-Appeal“ schrieb. Die HHA ist mit bisher drei U-Bahnlinien, über 100 Buslinien, täglich rund 1 Million Fahrgästen und 300 Mio. Jahresumsatz das größte Unternehmen im Hamburger Verkehrsverbund, dem inzwischen 38 Verkehrsbetriebe angehören, darunter als zweitgrößter auch die DB-eigene S-Bahn mit 6 Linien. Bundesweit ist die Hamburger Hochbahn das zweitgrößte kommunale Nahverkehrsunternehmen. Anders als die HHLA schreibt sie zwar rote Zahlen, aber der Kostendeckungsgrad ist mit 84,5% so hoch wie bei keinem anderen städtischen Verkehrsunternehmen. Die HHA expandiert seit Jahren, ist u.a. an den Verkehrsbetrieben in Kiel und Lübeck beteiligt, hält Anteile am Busverkehr in Wiesbaden und Fulda und bietet damit der Deutschen Bahn einen Einstieg in den Stadtverkehrsmarkt mit einem geschätzten Volumen von 15 Mrd. Euro. Auch in den Schienennahverkehr ist die HHA eingestiegen mit Beteiligungen in Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Niedersachsen. Für die DB ist vor allem interessant, dass die HHA dabei in Ostdeutschland mit dem weltweit operierenden privaten britischen Nahverkehrskonzern Arriva kooperiert: „So könnte die Hochbahn-Übernahme für die Deutsche Bahn der

Anfang sein, international ins Nahverkehrsgeschäft einzusteigen“, kommentierte das Handelsblatt (6.12.).

Die Beweggründe des Senats, die Deutsche Bahn in die norddeutsche Metropole zu locken, liegen ganz in der Logik seines 2001 vorgestellten langfristigen Konzepts der „Metropole Hamburg – wachsende Stadt“. Der Einstieg des Konzerns in die HHA und HHLA und der Umzug der Zentrale nach Hamburg würden, so die nahezu einhellige Auffassung, einen der in diesem Konzept ausgewiesenen Schwerpunkte – den Logistik-Standort Hamburg – stärken. Außerdem verspricht sich der Senat, dass der Verkauf von HHLA-Anteilen (geschätzter Wert des Unternehmens 1 Mrd. Euro) die für die Investitionen benötigten Gelder in die Kassen spült.

Aber auch in diesem Fall sind die mit dieser Senatsstrategie der „Wachsen-

bietskörperschaften der Metropolregion Hamburg hinzugekommen. Erst vor wenigen Tagen haben die Landesregierungen von Schleswig-Holstein, Hamburg und Niedersachsen einen Staatsvertrag für die Metropolregion Hamburg, der neben der Hansestadt 14 Landkreise angehören, unterzeichnet.⁸

Mit der Privatisierung des größten Unternehmens im Verbund – und bei der Veräußerung an die unternehmerischen Gesichtspunkten handelnde und überdies an die Börse drängende Bahn handelt es sich um Privatisierung – würde nicht nur die Gestaltung des öffentlichen Nahverkehrs in Hamburg, sondern auch die verkehrsmäßige Strukturierung der Region, die Erhaltung und Entwicklung der Verkehrsverbindungen eines Gebietes, in dem 3,3 Millionen Menschen wohnen, dem Profitinteresse der Deutschen Bahn unter-

ver.di kündigt Widerstand an

ver.di Hamburg hat den Senatskurs in einer Stellungnahme vom 7.12. folgendermaßen kritisiert: „Grundsätzlich sei gegen eine Stärkung des Mobilitäts- und Logistikstandorts Hamburg durch einen Umzug der Deutschen Bahn AG nichts einzuwenden. Allerdings werde es schärfsten Widerstand gegen einen Ausverkauf von Hafen und Hochbahn geben. (...) Eine Stärkung des Logistikstandortes Hamburg sei nur dann gegeben, wenn die Mehrheit der Anteile bei der Stadt verbleiben und eine eigenständige Unternehmensführung von HHLA und Hochbahn sichergestellt sei. Das sei auch die wirksamste Sicherung von Arbeitsplätzen“, erklärte (ver.di-Landeschef – Verf.) Rose. „Wir werden auf keinen Fall zusehen, wie die Hamburger Infrastruktur ausgeschlachtet, filetiert und ausgepresst wird, um den Börsengang der Bahn zu finanzieren. Hafen und Hochbahnnetz sind elementar für Hamburgs Zukunft. Die Entscheidungsgewalt über diese Infrastruktur gehört nicht in die Hände der Berliner Bahnstrategen. (...) ver.di werde ‚die Hafenarbeiter, die Hochbahner und die Hamburger Bürger‘ gegen einen Ausverkauf mobilisieren. Nur eine kontrollierte Minderheitsbeteiligung und der Erhalt der eigenständigen unternehmerischen Führung von HHLA und HHA in Hamburg sei für ihn denkbar, sagt Rose.“

Von der Bahngewerkschaft Transnet liegt bisher keine Stellungnahme vor, der Vorsitzende äußerte jedoch wiederholt Zustimmung zum Vorgehen des Bahnchefs Mehdorn. sc



Auch wenn der Widerstand gegen die Abschaffung des Sozialtickets durch den CDU-Senat nicht reichte – die Wiedereinführung ist ein politisches Ziel, das die Mobilität auch der Ärmsten sichern und damit eine grundlegende Bedingung für Partizipation, Wahrnehmung der Rechte und ein selbsttätiges Leben sichern soll. Die Privatisierung des Nahverkehrs entzieht ihn dem politischen Willensbildungsprozess.

den Stadt“ verbundenen Probleme vielfältig und die Auswirkungen fatal.

Das betrifft nicht nur Berlin.⁷ Die Freie und Hansestadt Hamburg begibt sich mit der Veräußerung der beiden Unternehmen wichtiger Gestaltungsmöglichkeiten.

Folgen einer Privatisierung

Die Bedeutung des öffentlichen Nahverkehrs für die Mobilität der Bevölkerung ist außerordentlich hoch. Das zeigen einige dürre Zahlen: 25 Prozent aller Fahrten in Hamburg werden mit öffentlichen Verkehrsmitteln zurückgelegt, beim Berufsverkehr sind es 33%, bei den innerstädtischen Fahrten sogar 67%. Aber der Verbundraum umfasst nicht nur Hamburg und einige Umlandgemeinden. Im Laufe der letzten drei Jahre ist das Verbundsystem um die Landkreise Pinneberg, Segeberg, Storman, Herzogtum Lauenburg in Schleswig-Holstein und Harburg, Lüneburg, Stade in Niedersachsen erweitert worden. Damit ist die Mehrheit der Ge-

stellt. Der Profit oder das Diktat der Bilanz ist jedoch als Instrument der Steuerung des Verkehrs untauglich. Und: Die Bevölkerung Hamburgs und der umliegenden Landkreise würde ihrer politischen Möglichkeiten beraubt, auf die Verkehrsplanung und -gestaltung Einfluss zu nehmen. Die Privatisierung der HAA ist auch ein weiteres Stück Demokratieverlust.

Mit der Veräußerung der HHLA gibt der Senat entscheidende hafen- und verkehrspolitische Gestaltungsmöglichkeiten aus der Hand. Er verläßt, darauf weist auch der ehemalige Vorsitzende der HHLA, Peter Dietrich, in einem Artikel in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (7.12.) hin, eines seiner wichtigsten Instrumente regionaler Wirtschaftspolitik. Dietrich warnt davor, dass für die hoch verschuldete Deutsche Bahn⁹, erst recht nach ihrem Börsengang, die Frage naheliegender sei, mit welchen Teilen der HHLA kurzfristig Kasse gemacht werden kann. Der HHLA drohe die Zerlegung.

1 NDR, 8.12.

2 Siehe Politische Berichte 11/05, S. 18ff., „Berliner Industrie im Abseits? Innovation statt Billiglohn!“

3 Spiegel online, 7.12

4 ftd, 26.11.

5 Über die damit verbundenen Entwicklungen im Bereich der Hafenwirtschaft siehe den informativen Beitrag von Bernt Kamin: „Hafen und Logistik – nur noch Container und keine Menschen?“, in Hamburg: Wachsende Stadt durch schrumpfendes Gemeinwesen?, Hamburg 2005

6 Siehe www.hhla.de

7 Hier ist daran zu erinnern, dass der Hamburger und der Berliner Senat im Jahr 2001 vereinbart haben, die Zusammenarbeit zwischen den beiden Städten in Form einer Kooperation der Metropolen auszubauen zu beiderseitigem Vorteil. Eines der vereinbarten Ziele war dabei der „faire Wettbewerb“. Die Landesregierungen sagten sich ausdrücklich zu, auf Abwerbung von Unternehmen bzw. auf Wechsel abzielende Gespräche am jeweils anderen Standort abzuweisen. Siehe dazu: Kooperation zwischen benachbarten Metropolregionen. Das Beispiel der Metropolen-Kooperation Berlin-Hamburg, in: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 6/7 2002. Diese Vereinbarung hat der Hamburger Senat zu Lasten Berlins schnöde gebrochen.

8 Die Welt, 3.12.05

9 Nach der Entschuldung der Bahn im Zuge der Bahnreform ist ihre Verschuldung wieder auf 27 Mrd. Euro Ende 2003 angestiegen.

Aufschlussreiche Widersprüche

Zur Begründung einer großen Koalition hat eine große Rolle gespielt, dass damit auch die Mehrheiten für die Reform der Beziehungen zwischen Bund und Ländern vorhanden seien. In den Koalitionsvertrag wurden die Ergebnisse der bereits in der letzten Legislaturperiode unter der Leitung von Müntefering und Stoiber tätigen Föderalismuskommission übernommen. Strittig war damals die Zuständigkeit für das Hochschulwesen geblieben, Rot-Grün wollte eine zentrale Zuständigkeit erhalten, diese Frage wurde mit der Koalitionsvereinbarung zugunsten der Länderzuständigkeit entschieden. Sind jetzt alle Schwierigkeiten aus dem Weg? Das ist nicht der Fall. Widerstand regt sich jetzt bei Ministerpräsidenten, und zwar unabhängig von der Parteifarbe. Es soll nämlich den Ländern die Kompetenz für die Beamtenbesoldung übertragen werden. Die Ministerpräsidenten kleiner bzw. finanzschwacher Ländern warnen, dass dies zu Niveauunterschieden in der Beamtenbesoldung führen würde. Sie fürchten die Abwerbung von Spitzenbeamten. Warum bricht sich die Welle der Begeisterung für Länderkompetenzen hier, an diesem Punkt von nachgelagerter Bedeutung? Was steckt da an politischem Zündstoff?

Der BRD-Föderalismus hat seine Gestalt in dem fünf Jahrzehnten gewonnen, in denen bundesweit von einer Tendenz zur Angleichung der Lebensverhältnisse gesprochen werden konnte. Die soziale Spaltung in Gewinner und Verlierer der Modernisierungsprozesse stellt sich auch als regionale Differenzierung dar. Jede Stärkung der Länderkompetenzen wird diese Entwicklung in den Haushalten der Länder sichtbar machen. Sollen die Spitzenbeamten an dieser Entwicklung teilhaben? Sichert man sie vor den Folgen der Reform durch bundesweit geltende Regeln ab, hat man ihre Loyalität auf den Bund gepolt. Sichert man sie nicht ab, stellt man ihre Loyalität zum Land auf die Probe. Das wollen die Ministerpräsidenten von kleinen Ländern in Schwierigkeiten, namentlich Carstensen, Schleswig-Holstein, und Ringstorff, Mecklenburg-Vorpommern, nach Pressemeldungen lieber nicht ausprobieren.

Andererseits will sich der Bund sehr gerne aus den heiklen Problem des Finanzausgleichs zwischen den Ländern herauswinden. Der Präsident des Bundesrechnungshofes, Engels, will die Regulierung der Finanzierung von Bund, Ländern und ausdrücklich auch Gemeinden nicht wie jetzt geplant, auf die zweite Hälfte der Legislaturperiode verschoben wissen, sie soll schnell an-

gefasst und ziemlich rigoros durchgezogen werden. Engels sagte laut FAZ, 14.12.: „... bei der Neuordnung der Finanzbeziehungen müsse geklärt werden, welche Steuer wem zustehe. In einem zweiten Schritt müssten dann Bund, Länder und Kommunen ihre Steuer durch eine eigene Verwaltung erheben. Wenn bei den Ausgaben der Grundsatz gelte, „Wer bestellt, soll auch bezahlen“, müsse hier das Prinzip sein „Wer Geld bekommt, soll es auch selbst erheben.“

Sollte die gesetzgeberische Mehrheit diese Richtung einschlagen, wird sich die Gestalt Bundesrepublik grundlegend wandeln. Da die Mobilität des Faktors Kapital viel höher ist als die des Faktors Arbeit, d.h. der Leute, steigt der Druck, den das Kapital auf die Gestalt der öffentlichen Leistungen und ihre Finanzierung ausüben kann. Hat der Präsident des Bundesrechnungshofes Freude am Zündeln? Nur scheinbar ergreift dieser Mann aus dem Zentrum des Zentralismus die Initiative, zwei Entwicklungen nehmen den nach Bund, Ländern und Gemeinden gegliederten deutschen Nationalstaat in die Zange.

Da die Entwicklung der internationalen Arbeitsteilung Märkte fordert, deren Zuschnitt weit über den nationalstaatlichen Rahmen hinausgeht. Das schwächte den Bund. Da ist aber auch die Auflösung der tradierten Stadt / Land, oder Stadt / Umland-Beziehung in regionale Zusammenhänge, die in der Weltwirtschaft als metropolitane Räume gesehen werden. Vor allem diese zweite Entwicklung frisst die Bundesländer an. Eine Umgestaltung der Steuererhebung würde diese wirtschaftlichen-gesellschaftlichen Sachverhalte schlagartig ins öffentliche Bewusstsein ziehen. Wenn ein Personenkreis abgegrenzt wird, der zahlt, muss diese Abgrenzung sich einigermaßen mit dem Kreis der Nutzer der öffentlichen Leistungen decken.

Könnten diese Grenzen nach den Erkenntnissen der Wirtschaftsgeografie sinnvoll gezogen werden, ginge es noch. Die Länder der BRD haben jedoch Traditionsbezüge, die sie auch reproduzieren. Bayern z.B. sieht sich in einer tausendjährigen Tradition. Hamburg hält sich für weltoffen, Berlin für tolerant, Köln für humorvoll. Die Vorstellungswelten, die mit solchen Floskeln angesprochen werden, sind nicht belanglos. Sie sprechen wirkungsvolle soziale Zusammenhänge an, ob sie nun gute Familie genannt werden oder Klüngel oder sonst wie, immer sind Sozialkapital-Beziehungen angesprochen, Systeme des gegenseitigen Kennens und Anerkennens, die die Generationen umgreifen und ein Rekrutierungsfeld für die belangvollen Funktionen in Kultur, Politik und Wirtschaft abgeben, während umgekehrt gerade diese regional verfügbaren Funktionen jene Zusammen-

hänge stabilisieren. Man ist zwar offen für Ergänzungen, Neue haben sich aber einzuordnen.

Diese Maschine zur Reproduktion machtvoller Traditionen der Herrschaftsausübung wird durch eine Neuordnung erheblich gestört. Man wird erleben, welche gewaltigen Kräfte sich etwa gegen eine Auflösung des Landes Bremen oder eine Verschmelzung verschiedener Regionen zu einem Nordstaat regen. Sind diese Widerstände überhaupt bei ruhigem Gang der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung zu überwinden? Vor diesem Hintergrund wird die enorme Bedeutung der Zuordnung der Hochschulen zu den Ländern erkennbar. Sie eignen sich schon wegen des massenhaften Besuchs zu zentralen und zentrierenden Einrichtungen der neuen metropolitenen Zusammenhänge, die kommunale und oft genug auch Ländergrenzen sprengen. Eine ähnliche Funktionen können öffentliche und private Einrichtungen der Kultur und des Sports wahrnehmen. Insofern ist ein relativ weicher Übergang von den alten tradierten Gebilden zu neuen vorstellbar, er kann auch unter konservativen Vorzeichen eingeleitet werden.

Auch wenn die Diskussionen rund um die Föderalismusreform sich vom Standpunkt des politischen Alltagsgeschäftes aus ziemlich seltsam und entlegen ausnehmen, diese Dinge rücken näher und verlangen nach Meinungsbildung. *maf*

Chefsache Vertreibungszentrum

– und wie es aussehen soll

Das „Zentrum gegen Vertreibungen“, für dessen Errichtung der Bund der Vertriebenen (BdV) den politischen Segen der Bundesregierung und großzügige finanzielle Unterstützung aus Steuermitteln fordert, habe „nichts mit einer Relativierung der Geschichte zu tun“, erklärte Angela Merkel bei ihrem Antrittsbesuch in Polen am 2. Dezember. Sie hat das schon früher behauptet – aber wer soll das glauben?

Die Bundeskanzlerin hat die Durchsetzung des Zentrums gegen polnische (und tschechische) Proteste zur Chefsache gemacht. Wenige Tage vor ihrer Wahl erklärte sie auf einer Versammlung der „Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung“ (OMV) der Unionsparteien in Berlin: „Wenn ich zur Bundeskanzlerin

gewählt werden sollte, dann werde ich mich auch ganz persönlich dieser Aufgabe verpflichtet fühlen.“ (ARD-Tageschau, 18.11.2005)

Ihr Vertrauen in dieser Angelegenheit hat allerdings nicht der neue Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD), der das Zentrum in der Version des BdV ablehnt. In Warschau durfte er schweigend daneben stehen, während seine Chefin mit dem polnischen Ministerpräsidenten Kazimierz Marcinkiewicz Gespräche zur Fortsetzung des „Dialogs“ über dieses Thema vereinbarte: zwischen dem deutschen Kulturstatsminister Bernd Neumann (CDU) und dem polnischen Kulturminister Kazimierz Ujazdowski.

Schwarz-rote Koalition will an das „Unrecht der Vertreibung“ erinnern

Schon bei den Koalitionsverhandlungen zwischen CDU/CSU und SPD war das Thema Vertreibungszentrum der Arbeitsgruppe Außenpolitik entzogen und der Arbeitsgruppe Kultur zugeschoben worden, die von Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) geleitet wurde. Dort einigte man sich auf eine Formulierung, die alles möglich macht: „Die Koalition bekennt sich zur gesellschaftlichen wie historischen Aufarbeitung von Zwangsmigration, Flucht und Vertreibung“, heißt es im schwarz-roten Koalitionsvertrag. „Wir wollen im Geiste der Versöhnung auch in Berlin ein sichtbares Zeichen setzen, um – in Verbindung mit dem Europäischen Netzwerk Erinnerung und Solidarität über die bisher beteiligten Länder Polen, Ungarn und Slowakei hinaus – an das Unrecht von Vertreibungen zu erinnern und Vertreibung für immer zu ächten.“

Damit ist nun ausdrücklich formuliert, wie sehr sich das BdV-Vertreibungszentrum und das von der rot-grünen Koalition ins Leben gerufene „Europäische Netzwerk Erinnerung und Solidarität“ (dem bislang neben Deutschland und Polen nur die Slowakische Republik und Ungarn angehören) in ihren Grundaussagen ähneln: Beide sollen die Auffassung verbreiten und durchsetzen, die zum Schutz der Nachbarländer vor erneuter Destabilisierung durch eine expansive deutsche Volkstumspolitik erfolgte Umsiedelung der Deutschen 1945/46 sei Unrecht gewesen. Nicht ohne Grund jubelte die BdV-Präsidentin Erika Steinbach schon am 16. Mai 2002, als im Bundestag der rot-grüne Antrag „Für ein europäisch ausgerichtetes Zentrum gegen Vertreibungen“ (die Grundlage für das spätere „Netzwerk“) verabschiedet und ihr eigener Antrag „Zentrum gegen Vertreibungen“ abgelehnt wurde: „Heute ist ein guter Tag.“ Und Norbert Lammert, damals Mitinitiator des CDU/CSU-Antrags und heute Befürworter einer neuen Leitkulturdebatte, freute sich: „So viel Übereinstimmung

gab es selten.“

Von SPD-Politikern wie z.B. Markus Meckel, Bundestagsabgeordneter, Vorsitzender der deutsch-polnischen Parlamentariergruppe und Vorkämpfer für ein „europäisches Zentrum gegen Vertreibungen“, wurde der oben zitierte Abschnitt des Koalitionsvertrages als Absage an das BdV-Projekt interpretiert. Schon bald sahen sich die sozialdemokratischen Koalitionäre allerdings genötigt, vor „missverständlichen Äußerungen“ und einer „Uminterpretation des Koalitionsvertrages“ zu warnen. Was soll aber missverständlich gewesen sein, wenn Angela Merkel bei der oben genannten OMV-Versammlung ganz offen erklärte: „Wir wollen im Geiste der Versöhnung mit einem Zentrum gegen Vertreibungen in Berlin ein Zeichen setzen“?

Markus Meckel will mittlerweile das „sichtbare Zeichen“ in Berlin setzen, indem die Ausstellung „Flucht, Vertreibung, Integration“, die am Tage von Angela Merkels Polen-Besuch im Haus der Geschichte in Bonn eröffnet wurde und im nächsten Jahr in Berlin und Leipzig gezeigt werden soll, fest in der Hauptstadt installiert wird. An der Vorbereitung dieser Ausstellung sollen „renommierte Wissenschaftler aus Polen und Tschechien ebenso wie der Bund der Vertriebenen“ beteiligt gewesen sein. Den Beschreibungen in der Presse ist zu entnehmen, dass diese Ausstellung zwar den Kausalzusammenhang der Umsiedlung mit dem von Deutschland angezettelten Krieg und den NS-Verbrechen nicht verschweigt, sich aber in den Konsens „Unrecht der Vertreibung“ nahtlos einordnet.

Für die oberste „Vertriebene“ Erika Steinbach, die als Tochter eines Besatzungssoldaten im damaligen „Westpreußen“ geboren wurde, war die Sache dagegen rasch klar. Nach dem Wahltag hatte sie zunächst befürchten müssen, dass die CDU/CSU um Abstriche an ihrem Wahlprogramm in punkto Vertreibungszentrum nicht herumkommen werde. Dort hatte es geheißt: „Wir wollen im Geiste der Versöhnung mit einem Zentrum gegen Vertreibungen in Berlin ein Zeichen setzen, um an das Unrecht von Vertreibung zu erinnern und gleichzeitig Vertreibung für immer zu ächten.“ Die – fast gleich lautende – Formulierung in der Koalitionsvereinbarung verstand sie sofort als „ein klares Bekenntnis für unser Projekt“ und lobte sie als „ein Meisterstück der Psychologie“. Als Merkel in ihrer Regierungserklärung am 1. Dezember die Formulierung wiederholte, erklärte Steinbach gegenüber der WELT: „Das war eine wunderbare Beschreibung von Frau Merkel, mit der ich gut leben kann.“

Im ARD-Morgenmagazin forderte Steinbach polnische Historiker auf, an ihrem Vertreibungszentrum mitzuarbeiten. Seit langem bemüht sie sich, dem

Projekt eine „europäische“ Fassade zu geben. Das hindert sie allerdings nicht daran, hin und wieder klarzustellen, wie das gemeint ist. Als der künftige polnische Präsident Lech Kaczynski in einem Interview in der BILD-Zeitung vom 23. Oktober erklärte, „es wäre für die Beziehung unserer Länder das Beste, wenn das Vertriebenenzentrum niemals gebaut würde“, putzte ihn Steinbach rüde herunter. Kaczynski sei nicht in Deutschland zum Präsidenten gewählt worden, erklärte sie. Und sie mische sich ja auch nicht in polnische Angelegenheiten ein, bei der Frage des Zentrums handele es sich um eine „innerdeutsche Angelegenheit“ und „diese überzogenen nationalistischen Töne“ würden den Polen in der EU auch nicht helfen.

Wie die Dauerausstellung im Zentrum aussehen soll

Während über das Vertreibungszentrum gestritten wird, wird seltsamerweise über die konkreten Vorstellungen des BdV zu seiner inhaltlichen Gestaltung kein Wort verloren. Dabei hat die „Stiftung Zentrum gegen Vertreibungen“ schon vor Jahren an alle Bundestagsabgeordneten ein Exposé für die Ständige Ausstellung verschickt, die – neben einer „Gedenkrotunde“ – das Kernstück des Zentrums bilden soll. Dieses Exposé ist auch im Internet (www.z-g-v.de) abrufbar.

Die vier Hauptkapitel befassen sich ausschließlich mit dem „Schicksalsweg der deutschen Heimatvertriebenen“. Das erste Kapitel ist überschrieben „Heimatland“ und umfasst die Abschnitte „Heimat in Deutschland“ und „Heimat außerhalb von Deutschland“. Vorgestellt werden „Städte wie Breslau, Danzig oder Königsberg ebenso wie die Weite der masurischen Landschaft, die Idylle des Riesengebirges und die soziale Ordnung der Gutswirtschaft“. Erzählt werden soll „vom alltäglichen Leben in Ostpreußen, Pommern, Ostbrandenburg und Schlesien: von Hochzeit und Geburt, vom ersten Schultag, von Königsberger Klopsen und Thorer Kathrinnen, dem kulturellen Leben der Städte, dem Leben im schlesischen Industrierevier“. Idylle der „alten Heimat“, in der alle glücklich waren und jeder seinen angestammten Platz hatte, vom ostelbischen Junker bis zum polnischen Pferdeknecht. Oder – im zweiten Teil – vom „Nebeneinander und Miteinander der Volksgruppen in den von Deutschen bewohnten Gebieten außerhalb der deutschen Staatsgrenzen von 1937“. Auch hier soll „das alltägliche Leben in den Beziehungen zwischen der deutschen Minderheit und der herrschenden Mehrheitsgesellschaft der Ausgangspunkt der Darstellung“ sein. Geherrscht wird offenbar nur außerhalb der deutschen Grenzen: da herrschen die slawischen Landarbeiter über die deutsch-baltischen Barone (wäh-

rend deutsche Gutshöfe eine soziale Ordnung aufweisen), da bedrohen tschechische Chauvinisten redliche großdeutsche Patrioten ... Dazu soll man – passenderweise – „erzählte Märchen und Geschichten“ aus der jeweiligen Region im Originaldialekt hören.

Emotionale Überwältigung statt Aufarbeitung der Zusammenhänge

Das zweite Hauptkapitel heißt „Vogelfrei und rechtlos“. Dieser Teil soll so gestaltet werden, dass kritisches Nachdenken über die historischen Zusammenhänge gar nicht erst aufkommt, sondern der Besucher sich emotional vollständig mit den deutschen Opfern identifizieren muss. „Die Gestaltung dieses Ausstellungsteils empfindet das Entwurzeltsein und den Verlust der Menschenwürde nach. Der Besucher läuft neben einer lebensgroßen Projektion von Flüchtlings- und Vertreibungstrecks entlang. Sein Weg ist gesäumt von Gepäckstücken, die von den Flüchtlingen zurückgelassen wurden. An mehreren Stellen hat er die Möglichkeit, in einen Raum hinter der Leinwand zu treten und dort anhand von Fotos, Dokumenten und Objekten die näheren Umstände von Flucht und Vertreibung in sich aufzunehmen. Auf der gegenüberliegenden Seite des Weges wird in eigenen Räumen das Ausmaß der Grausamkeit dargestellt, dem die Menschen in den Lagern, bei der Vertreibung und an ihren Heimatorten ausgesetzt waren. Auf einer Abzweigung wird das Schicksal und die Lage der Russlanddeutschen plastisch dargestellt.“

Schließlich folgen die beiden Kapitel „Zuflucht“ und „Neue Wurzeln“ über die Ankunft in „West- und Mitteleuropa“, die erlittene Not und die Gefahr der Assimilierung bzw. über die Zeit nach dem Krieg, einschließlich Lager Friedland und „Charta der Heimatvertriebenen“. Da die Beschreibung dieser beiden Kapitel in der Vorlage der Stiftung zusammen weniger Platz einnimmt als das zweite Kapitel allein, sollen sie auch hier nur erwähnt werden.

Das Böse ist immer und überall

Bleiben noch Einleitung und Schluss. Der „Prolog“ beginnt mit der Frage: „Warum Vertreibungen?“ Wer erwartet, Konkretes über die Umstände, die zugrunde liegenden Konflikte, die Ziele, kurz die Vorgeschichte und Zusammenhänge konkreter Vertreibungen zu erfahren, sieht sich getäuscht. In dem Konzept der Stiftung „Zentrum gegen Vertreibungen“ für ihre Dauerausstellung wird ein Grund gleichermaßen für alle Vertreibungen seit 1848 verantwortlich gemacht.

Anfang des 19. Jahrhunderts, heißt es da, sei der Nationalismus entstanden und der habe in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts dazu geführt, dass sich bei Politikern und Bevölkerung mehr und

mehr die Auffassung verfestigte, Frieden sei nur in einem ethnisch homogenen Nationalstaat möglich. „Von dieser Überzeugung zur Vertreibung war es nur ein kleiner Schritt. In gemischt besiedelten Gebieten und bei kriegerischen Grenzverschiebungen wurden Vertreibungen nun als das geeignete Mittel angesehen, ein zukünftig friedliches Zusammenleben zu gewährleisten.“ Dazu seien eine „Radikalisierung der Ideologien“ und die „gewachsenen technischen Möglichkeiten“ gekommen. Das Ende vom Lied: „Allein 20 Millionen Deutsche wurden zwischen 1918 und 1950 entwurzelt“ – angeblich nur deshalb, weil sie die falsche Nationalität besaßen.

Haben also Hitler, die deutsche Wehrmacht, die SS, SA und Einsatzgruppen nur zu radikal den Frieden geliebt, als sie Europa unterwarfen, um „Lebensraum“ für die deutsche Nation zu schaffen? War es übermäßige Friedensliebe, die zum Holocaust führte und die Feder beim Niederschreiben der monströsen Germanisierungspläne der Nazis führte?

War es umgekehrt ganz abwegig, wenn Polen, Tschechen, Ungarn und Jugoslawen glaubten, ohne die Einmischung der „Herrenrasse“ und ihre Volkstumspolitik würden sie friedlicher leben können?

Im „Zentrum gegen Vertreibungen“ soll man die Ursachen von Vertreibungen verstehen, indem man auf einer Europakarte am Fußboden – ohne Grenzen! – spazieren geht und dabei „Zitate aus der Entstehungszeit des Nationalismus über den Zusammenhang von Nationalität, Rasse und Sprache in jeweils der Sprache des Landes (hört), auf dem der Besucher gerade steht“.

Das Ziel ist durchschaubar: Nationalismus gab und gibt es überall, soll der Besucher schließen, eine Seuche, die ganz Europa gleichermaßen befallen hatte. Wer hat da das Recht, den Deutschen etwas vorzuwerfen?

Das „Jahrhundert der Vertreibungen“

Nach der Absolution kommt der Aufbau der Opferrolle. In dem großen Raum, dessen Fußboden die begehbare Europakarte bildet, soll ein kleinerer Raum eingebaut werden. Darin befinden sich zwei Kartentische und eine große Europakarte an der Wand. Auf der ersten Karte sind „Vertreibungen bis 1933“, auf der zweiten „Vertreibungen 1933 – 1945“ und auf der dritten „Vertreibungen 1944 – 1950“ zu sehen. Da es sich

um eine moderne Ausstellung handelt, soll auch alles interaktiv sein. Auf Knopfdruck kann man auf den Karten „die unterschiedlichen Bevölkerungsbewegungen, sortiert nach Volksgruppen“ sehen. Auch fordert „die Größe und Anordnung der Karten die Besucher heraus, sie gemeinsam zu betrachten und sich darüber zu verständigen, was als nächstes zu sehen sein soll“.

Was aber gibt es zu sehen?

Auf der ersten Karte („Vertreibungen bis 1933“) z.B. gewaltsame Bevölkerungsbewegungen auf der Grundlage von Verträgen zwischen Bulgarien, Griechenland und der Türkei 1913, den Völkermord an den Armeniern 1914/15, „Millionen Menschen, die durch den Russischen Bürgerkrieg (1918 – 1921) entwurzelt und in die Emigration getrieben wurden“ (Bürgerkrieg? Waren die Angehörigen der 18 Interventionsarmeen alle russische Bürger?), die Zwangsumsiedlung von Griechen und

Erinnerung an ein großes Ereignis



Justus Zindel: „Huldigung des Erzherzogs an Kaiser Franz Joseph I.“, 1908. Öl auf Leinwand, 310 mal 175 Zentimeter.

Türken nach dem Vertrag von Lausanne 1923.

Und: „Die mittelbaren Vertreibungen Deutscher aus der II. Polnischen Republik als Folge der neuen Grenzen nach 1918 waren bereits Vorboten der Massenvertreibungen ab 1945.“ Damit wird angedeutet, dass die Umsiedlung 1945/46 nicht Folge der NS-Verbrechen, sondern schon lange vorher geplant gewesen sei.

In der Beschreibung der zweiten Karte heißt es: „Nicht nur als Mittel, sondern als Ziel der Politik verstand das nationalsozialistische Deutschland die Vertreibung nicht-deutscher und die Ermordung ‚nicht-arischer‘ Bevölkerung.“ Genannt werden:

- die Entrechtung, Deportation und Vernichtung der europäischen Juden durch „das nationalsozialistische Deutschland“
- die Vertreibung von 450.000 Polen aus „Westpreußen“ und dem „Wartheland“ in das besetzte „Generalgouvernement“
- die Ermordung von Sinti und Roma
- die Umsiedlung der Volksdeutschen unter dem Motto „Heim ins Reich“.

Aus der Tschechoslowakei wurde demnach niemand vertrieben (das entspricht der Darstellung der Sudetendeutschen Landsmannschaft). Und auf sowjetischem Gebiet hat offenbar nur Stalin sich Vertreibungen zuschulden kommen lassen: 900.000 Wolgadeutsche waren seine Opfer, und „1944 (wurden) die kleinen islamischen Völker asiatischer Herkunft im Nordkaukasus und die Krimtataren von Stalin aus ihren Siedlungsgebieten deportiert“. Hat denn die Wehrmacht überhaupt niemanden vertrieben, als sie 1941 über die Sowjetunion herfiel und eine Spur von Vernichtung und verbrannter Erde hinter sich her zog?

Der Inhalt der dritten Karte (1944 – 1950) lässt sich sehr kurz zusammenfassen: „Mehr als 15 Millionen Deutsche waren am Ende Opfer“ der territorialen Neuordnung Europas durch die Alliierten.

Die Darstellung der Deutschen als Opfer der „größten ethnischen Säuberung der Menschheitsgeschichte“, wie es Vertriebenenpolitiker an anderer Stelle gern formulieren, ist der eine Inhalt dieser Inszenierung, die Nivellierung aller Unterschiede der zweiten. Der Holocaust wird zu einer Episode unter vielen. Und die Umsiedelung der Deutschen hat keine andere Vorgeschichte als alle anderen Vertreibungen. Mit der Vorgeschichte braucht man sich ohnehin nicht auseinander zu setzen, denn das Motto der deutschen Opferdebatte lautet: „Vertreibungen sind immer Unrecht, egal was vorher geschah.“

Dass es sich bei dem Zentrum um ein durch und durch deutschnationales Projekt handelt, zeigt schließlich auch der – in dem Exposé sehr kurz gehaltene – Epilog am Schluss. Noch einmal wird alles unter dem Etikett eines anonymen „Jahrhunderts der Vertreibung“ in einen Topf zusammengewürfelt. Dann folgt die Rechtfertigung der ganzen Angelegenheit als Veranstaltung zur Förderung der Menschenrechte, speziell des „Rechtes auf die Heimat“, das die Vertriebenenverbände seit Jahrzehnten zur Begründung ihrer Ansprüche an die von ihnen so genannten „Vertreiberstaaten“ heranziehen. In der Ausstellung wollen sie dazu Video-Aufnahmen von „aktuellen Vertreibungen“ missbrauchen.

„Es wäre das Beste ...“

wenn das Vertriebenenzentrum niemals gebaut würde.“ Das gilt nicht nur für die Beziehungen zu unseren Nachbarländern, sondern auch für das politische Klima in Deutschland selbst. Der kritische Blick auf die geplante Ausführung der Dauerausstellung als Kernstück des Zentrums zeigt, dass hier sehr wohl Geschichte umgeschrieben werden soll, allen gegenteiligen Beteuerungen zum Trotz.

Renate Hennecke



Am 13. Dezember wurde „Tookie“ Williams, der 24 Jahre in der Todeszelle verbracht, hingerichtet, nachdem erst am Tag zuvor sowohl der kalifornische Gouverneur Schwarzenegger als auch der Oberste Gerichtshof der USA Gnaden- bzw. Aufschubgesuche abgewiesen hatten. 34 Minuten nach Beginn der Hinrichtung durch Giftspritze wurde Williams für tot erklärt; es dauerte allein 17 Minuten, bis die Henker eine Vene für die Giftinjektion fanden. In zahllosen Orten Kaliforniens und im ganzen Land fanden in den Tagen vor und in der Nacht seiner Hinrichtung Mahnwachen und Protestaktionen statt. Vor dem Gefängnis San Quentin versammelten sich in den Stunden der Hinrichtung mehrere tausend Menschen. – Seit der Wiedereinführung der Todesstrafe 1876 wurden in den USA 1003 Menschen mit tödlichen Injektionen vergiftet, in Gaskammern erstickt, auf dem elektrischen Stuhl zu Tode gefoltert. Über 3400 warten in den Todestrakten auf ihre Hinrichtung. – Am 10.12. hat Mexiko die Todesstrafe offiziell abgeschafft.

Rassistische Ausschreitungen in Australien

Am 11. Dezember begannen in Sydney pogromartige Ausschreitungen eines weißen Mobs gegen „arabisch aussehende“ Menschen. Seither sind die Krawalle zwar zurückgegangen, aber nicht abgerissen, sondern haben sich auch auf andere australische Städte ausgeweitet. Die rassistischen Ausschreitungen sind offensichtlich von Nazi-Organisationen vorbereitet. Schon seit Wochen wurde eine Kampagne vorangetrieben, die „Araber“ – konkret vor allem libanesische Australier – vom Strand Cronulla südlich von Sydney zu vertreiben, weil sie angeblich „unsere Frauen belästigen“. Als dann das Gerücht verbreitet wurde, dass „Araber“ zwei weiße Rettungsschwimmer zusammengeschlagen



hätten, wurde massenhaft per SMS unter Parolen wie: „Kill the Lebs“, „Kill the wogs (Kanacke)“ zu einem „Leb and wog bashing (zusammenschlagen) day“ aufgerufen. 5000 versammelten sich daraufhin mit australischen Flaggen und viel Alkohol in den Straßen, um dieser Aufforderung nachzukommen. Zahlreiche Menschen wurden verletzt, und es nimmt Wunder, dass niemand zu Tode gekommen ist. Die Regierung bereitet nun Ausnahmegesetze vor wie Alkoholverbot, Absperrung von Vierteln u.ä., ist gleichzeitig aber bemüht, die Krawalle herunterzuspielen. Die australische Gesellschaft sei nicht rassistisch. Tatsächlich jedoch warnen Menschenrechtsorganisationen seit Jahren vor rasant zunehmendem Rassismus. Auch die Regierung leistet dem Vorschub. Als sie vor einigen Wochen Sondergesetze im „Kampf gegen den Terrorismus“ verabschiedete, warnten Sprecher der muslimische Gemeinschaft vor den absehbaren Folgen, der Zunahme von Ressentiments und Ausgrenzung. U.a. können Verdächtige 14 Tage ohne Anklage festgehalten und bis zu einem Jahr „beobachtet“ werden, die Polizei erhielt weitreichende Ermächtigungen zu Durchsuchungen und „Befragungen“, die Erlangung der Staatsbürgerschaft wurde erschwert.

Zusammenstellung: scc

BERLIN. Den ganzen Dezember über macht ein großes Poster im Herzen Berlins auf „Deine Stimme gegen Armut“ aufmerksam. Direkt am Bahnhof Zoologischer Garten steht dort zu lesen: „Armut ist ein Skandal – bei uns und weltweit. Wir haben die Möglichkeit, sie zu überwinden. Die Millenniumsziele zeigen in die Richtung. Frau Merkel, handeln Sie! Aus Verantwortung für die Menschen in der 3. Welt. Und im Interesse Deutschlands. Für mehr und bessere Entwicklungszusammenarbeit, gerechten Welthandel, Entschuldung.“ Die Welthandelskonferenz in Hongkong im Dezember war das Thema der Sitzung des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung am 30. November. Reinhard Hermle vom Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen stellte die Forderungen der Aktion „Deine Stimme gegen Armut“ vor. Anschließend überreichte er den entwicklungspolitischen Sprechern der Fraktionen ein Banner mit Stimmen gegen Armut. Am 6. Dezember tat gleiches ein „Nikolaus“ bei den Ministern für Wirtschaft, Landwirtschaft und Entwicklung, die für Deutschland in Hongkong am Verhandlungstisch sitzen.

www.deine-stimme-gegen-armut.de



Gegen EU-Dienstleistungsrichtlinie Aufruf zu Aktionen im Januar

BERLIN. Die Bolkestein-Hardliner im Binnenmarktausschuss des Europäischen Parlamentes haben am 22.11. den Richtlinien-Entwurf in wesentlichen Teilen gebilligt. Auch die öffentlichen Dienstleistungen sollen in die Richtlinie einbezogen werden. Das Herkunftslandprinzip ist im Kern Bestandteil des Entwurfs. Wenn die Richtlinie nicht noch gestoppt wird, droht eine Abwärtsspirale um die niedrigsten Standards bei Umwelt- und Verbraucherschutz. Ausnahmen, mit denen Lohn- und Sozialdumping verhindert werden sollen, sind völlig unzureichend. Die Europäischen Gewerkschaften und sozialen Bewegungen planen eine Demonstration am Tag der Entscheidung im Europäischen Parlament oder am Samstag davor, momentan sind zwei Termine für Protestaktionen in Straßburg, bzw. in Brüssel, im Gespräch: der 14. Januar oder der 11. Februar. Die Entscheidung wird aber bald fallen. Neben den Gewerkschaften und Attac werden die Linkspartei, die WASG und die Linksfraktion im Bundestag Aktionen gegen die Richtlinie unterstützen. Die Bundestagsfraktion erstellt einen Flyer und eine Broschüre, mit der vor Ort gearbeitet werden kann. www.w-asg.de

Globaler Aktionstag am 10. Dez. gegen WTO Ministerkonferenz

BERLIN. Wenige Tage vor Beginn der WTO-Ministerkonferenz in Hongkong gab es im Rahmen eines internationalen Aktionstages am 10. Dezember weltweit Proteste gegen die Politik der Welthandelsorganisation. In Deutschland waren Attac-Gruppen in mindestens 20 Städ-

ten mit Informationsveranstaltungen, Straßentheater und Demonstrationen aktiv. „Die weitere Liberalisierung, über die in Hongkong verhandelt wird, bringt Probleme für Menschen und Umwelt in Nord und Süd“, sagte Nadja Schwarzenbach von Attac. In Berlin wurden die Auswirkungen des Freihandels bei einer großen Aktion von Attac und BUNDjugend demonstriert: Umwelt, Menschenrechte und Demokratie kamen symbolisch unter die Räder, als ein WTO-Wagen durch die Stadt rollte, der schließlich von rund 200 DemonstrantInnen gestürzt wurde. In Dortmund wurde in der Innenstadt WTOpoly gespielt, ein überdimensionales Monopoly-Spiel nach den Regeln der WTO. In Freiburg und München brachten Attac-Mitglieder die WTO-Konferenz in Form von Luftballons buchstäblich zum Platzen, in Hannover gab es leere Geschenke von der WTO, in Minden machte ein WTO-Drachen die Innenstadt unsicher. In Ulm versteigerten Aktivisten die Welt symbolisch an Konzerne, in Stuttgart war eine „unfaire Handelsweltmeisterschaft“ zu erleben, und in Hamburg informierte Attac mit Straßentheater über die WTO.

www.attac.de/wto/hongkong.php



Drei Menschenrechtsorganisationen fordern Kreditstopp für Goldabbau

KÖLN. Zum Tag der Menschenrechte am 10. Dezember forderten FIAN, MISE-REOR und Urgewald die deutsche Bundesregierung auf, ihre Unterstützung für Weltbank-Projekte an die Einhaltung von Menschenrechtsstandards zu binden. „Aktuell bedrohen Goldprojekte in Guatemala und Ghana die Menschenrechte auf Nahrung, Wasser, Gesundheit und saubere Umwelt von über 10.000 Menschen. Grundsätzlich soll sich die Regierung dafür einsetzen, dass die Weltbank keine neuen Kredite für Goldminen vergibt.“ Aktuell steht die Bewilligung von IFC-Krediten in Höhe von 125 Millionen US Dollar für die Goldmine Ahafo in Ghana an. Die Mine des weltweit größten Goldunternehmens Newmont bedroht die Lebensgrundlagen der 5.000 zwangsumgesiedelten Menschen und der benachbarten Gemeinden. „Die Menschenrechtsbilanz bei Goldminen ist verheerend. Inzwischen lohnt es sich für Goldunternehmen, die Erde umzubaggern, um ein Gramm Gold aus einer Tonne Gestein zu lösen. Dies geht auf Kosten von Kleinbäuer/innen, die ihr Land und damit ihre Ernährungsgrundlagen ohne angemessene Entschädigung verlieren“, so Ute Hausmann, Goldexpertin bei FIAN. Die Entscheidung über den Kredit für die Goldmine in Ghana sehen die Organisationen als Testfall. www.fian.de

Auszeichnung von adidas-Chef zum Ökomanager ist fragwürdig

SIEGBURG. Als Folge einer eklatanten Verwechslung von Anspruch und Wirklichkeit kritisiert Ingeborg Wick vom SÜDWIND Institut die Auszeichnung

von adidas-Chef Hainer zum Öko-Manager des Jahres. Die Feststellung der Jury von WWF und dem Magazin Capital, Hainer habe dafür gesorgt, dass in den weltweiten Zulieferbetrieben von adidas „vertretbare ökologische und soziale Bedingungen“ Standard seien, missachte die Quintessenz zahlreicher Forschungsergebnisse über den Arbeitsalltag von Beschäftigten in vielen Lieferländern. Erste Schritte in Richtung einer verbesserten globalen Beschaffungspolitik des Unternehmens können nicht darüber hinwegtäuschen, dass diese bisher nur einem verschwindend geringen Teil der Beschäftigten zugute gekommen sind – und dies meist nur als Folge öffentlichen Drucks. Auch hat sich die soziale Situation von ArbeiterInnen dieser Industrie im verschärften globalen Wettbewerb nach dem Auslaufen des WTO-Welttextilabkommens oft sogar noch verschlechtert. „Die Einkaufspraktiken von Unternehmen wie adidas mit knallharten Preisbedingungen und Lieferfristen stehen in der Regel in krassem Gegensatz zu wohlklingenden Absichtserklärungen ihrer Ethikabteilungen.“

www.saubere-kleidung.de

Petition für den Erhalt des Archivs der sozialen Bewegungen

BREMEN. Seit nunmehr 25 Jahren befindet sich der Bremer Infoladen, dessen Trägerverein die Bremer BürgerInneninitiative gegen Atomanlagen (BBA) ist, in der St. Pauli Straße 10-12. Er ist ein fester Bestandteil der Geschichte und des soziokulturellen Geschehens im Ostertor/Steintor Viertel und darüber hinaus. Seit 5 Jahren ist in den Räumen des Infoladens das in Bremen einzigartige Archiv der sozialen Bewegungen untergebracht. Die GBI (Gesellschaft für Bremer Immobilien) und damit die Stadt Bremen wollen das Gebäude nun per Ausschreibung verkaufen und bedrohen damit elementar die Existenz der beiden selbstorganisierten Projekte die seit ihrem Bestehen ohne öffentliche Mittel auskommen. Auf alle Angebote seitens der Initiative wurde bisher nicht eingegangen. Selbst das immer noch gültige Angebot eines Investors, der das Haus kaufen und an die BBA e.V. langfristig vermieten würde, wurde ausgeschlagen. Offenbar ist es in Bremen zwar möglich, den Space Park für einen Euro zu erwerben, nicht aber ein kleines Initiativenhaus zu einem vernünftigen, marktüblichen Preis in die Hände seiner BetreiberInnen zu übergeben. Anscheinend geht es hier entweder um das Rausschlagen von ein paar Hundert Euro mehr, oder aber der Infoladen passt bestimmten Leuten nicht mehr in das Stadtbild. Hierbei werden selbst Beschlüsse des Beirates Mitte/Östliche Vorstadt umgangen. Damit ist das ganze nicht ein rechtliches, sondern ein po-

litisches Problem. Die Petition fordert von der GBI, dem zuständigen Senator für Finanzen und der Stadt Bremen:

- Sofortige Verlängerung des bestehenden Mietvertrages!
- Aussetzung des Ausschreibungsverfahrens!
- Wenn Verkauf, dann an einen Investor, der den Erhalt der bedrohten Projekte gewährleistet!
- Der BBA Infoladen und das Archiv der sozialen Bewegungen bleiben, wo sie sind!

www.anarchie.de

Weitere breite Proteste gegen die Einführung von Studiengebühren

HANNOVER. Nach Hamburg, NRW, Bayern, Bremen, Berlin und Baden-Württemberg sind Studierende, SchülerInnen, WissenschaftlerInnen und GewerkschafterInnen am 8.12.2005 in Niedersachsen und Sachsen-Anhalt auf die Straße gegangen. In Hannover demonstrierten an die 4.000 Menschen, in Sachsen-Anhalt machten über 3.000 ihrem Frust unter dem Motto „Freie Bildung von der KiTa bis zur Uni“ Luft.

Niedersachsen hat als erstes Bundesland am 9. Dezember 2005 im Landtag ein Gesetz zu allgemeinen Studiengebühren beschlossen. „Das ist ein schwarzer Tag für die Chancengleichheit in Deutschland“, erklärt das Aktionsbündnis gegen Studiengebühren (ABS) und verweist darauf, dass in Niedersachsen gleichzeitig zu dem Gebührengesetz auch umfangreichen Kürzungen für die Hochschulen beschlossen wurden. „Damit wird offensichtlich, worauf das ABS schon lange hinweist: Studiengebühren werden nicht zu mehr Geld für die Hochschulen führen“, so Amin Benaissa, Geschäftsführer des Aktionsbündnisses. Im internationalen Vergleich ist mit der Erhebung von Studiengebühren immer eine Kürzung der öffentlichen Ausgaben einhergegangen. Unterm Strich blieben den betroffenen Hochschulen oftmals sogar weniger Mittel, wie zum Beispiel in Australien oder Österreich zu beobachten ist. Studiengebühren sind aus Sicht des ABS aus gesellschafts-, sozial- und bildungspolitischen Gründen abzulehnen. „Sie lösen kein einziges Problem, sondern verschärfen die Krise des Bildungssystem.“

www.abs-bund.de

LSV NRW für den Erhalt der Drittelparität in der Schulkonferenz

DÜSSELDORF. Schule hat den Anspruch, Schülerinnen und Schüler ein demokratisches Verständnis zu vermitteln und sie auf ein aktives Leben in der Demokratie vorzubereiten. Nach Ansicht der LandesschülerInnenvertretung NRW (LSV NRW) geschieht dies nur unzureichend. „SchülerInnen und Schüler müssen endlich als die Bildungsexperten wahrgenommen werden. Sie sind Profis, wenn es um die Weiterentwicklung von Schule geht“, so Lars Gra-

jewski, Landesvorstandsmitglied der LSV NRW. Verkleidet als Nikolaus überbrachte er Barbara Sommer, CDU-Bildungsministerin, die Vorstellungen der Schülervertreter von einer demokratischeren Schule. Einen Schokonikolaus hatte die Ministerin, wie auch die bildungspolitischen Sprecher der CDU- und FDP-Fraktion nach Ansicht der Schüler und Schülerinnen nicht verdient. Die schwarz/gelbe Regierung plant die paritätische Besetzung der Schulkonferenz, dem höchsten beschlussfassenden Gremium der Schule, aufzuheben. Dies sei ein Rückschritt auf dem Weg zu einer demokratischen Schule. „Wir sind mündige Menschen und wollen als solche behandelt werden, dazu müssen Schülerinnen und Schüler auf allen Ebenen mitwirken können. Demokratie kann nur erlernt werden, wenn sie auch erlebt wird“, so Sara Loetz, ebenfalls Landesvorstandsmitglied.

www.lsvnw.de



Kritik an Innenministerkonferenz – Pro Asyl für Abschiebemoratorium

HANNOVER. Als „integrationspolitisches Armutszeugnis“ bewertet PRO ASYL das Ergebnis der Innenministerkonferenz am 9./10.12. in Karlsruhe. Trotz des negativen Ausgangs sei die Debatte der letzten Tage aber auch Teilerfolg einer breiten Bewegung für ein Bleiberecht. Die breite Unterstützung der Forderung nach einem Bleiberecht aus Schulen, Kirchen, Verbänden und aus der Politik quer durch die politischen Parteien mache deutlich, dass endlich Bewegung in eine festgefahrene Diskussion gekommen sei. PRO ASYL appelliert an den Deutschen Bundestag, sich nun seiner Verantwortung zu stellen und eine gesetzliche Altfallregelung zu beschließen. Eine gute Gelegenheit hierfür sei die Anfang 2006 anstehenden Beratungen zur Änderung des Zuwanderungsgesetzes. Damit bis dahin nicht Tausende von integrierten Menschen abgeschoben werden, fordert PRO ASYL die Innenministerien der Länder dazu auf, einen Abschiebestopp für sechs Monate nach § 60 a Abs. 1 AufenthG zu erlassen. Diesen können die Länder in alleiniger Verantwortung für sechs Monate verfügen. So könne das „Horrorzenario“ einer Abschiebung von mehr als 100.000 Menschen verhindert werden.

www.proasyl.de

Zusammenstellung: baf

Neonazi-Aufmarsch in Karlsruhe mit friedlichem Protest verhindert

Samstag, 3. Dezember in Karlsruhe – ein Tag der öffentlich bekundeten Demokratie. Weil die BürgerInnen deren Verteidigung in die eigenen Hände genommen hatten, blieb die Stadt von einem geplanten Neonazi-Aufmarsch verschont. Über 400 BürgerInnen waren dem Aufruf des Antifaschistischen Aktionsbündnisses zu einer Auftakt-Protestkundgebung auf den Kronenplatz gefolgt, die nach einem Umzug durch die Stadt auf dem Bahnhofsvorplatz mit über 1000 TeilnehmerInnen abgeschlossen wurde. Die Neonazis wollten zeitlich abgestimmt in Rastatt und danach in Karlsruhe mit einem Fackelzug aufmarschieren.

Dagegen hatte sich ein breites Bündnis aus 74 Organisationen und Gruppen einschließlich elf Bundes- und Landtagsabgeordnete gebildet. Dem Protest war eine eindrucksvolle Serie von Mobilisierungsveranstaltungen vorausgegangen, in denen über Faschismus und Neofaschismus aufgeklärt wurde.

Silvia Schulze und Elwis Capece vom



Bündnis betonen in der Begrüßung, dass das Leitmotiv „Weiße Rose gegen braune Gewalt – ohne Nazis und Rassisten leben“ bewusst gewählt wurde, um einen breiten Protest im Zeichen des gewaltfreien Widerstands der Geschwister Scholl zu organisieren.

Werner Pfennig, Bundesvorsitzender der VVN-Bund der Antifaschisten, erinnert an die fast 200 Neonazi-Morde in den letzten 15 Jahren und daran, dass vor 60 Jahren die zwölfjährige faschistische Gewaltherrschaft mit geschichtlich einmaligen Massenmorden an den europäischen Juden und an Andersden-

kenden endete. Gegenüber alten und neuen Nazis könne es auch in einer toleranten und weltoffenen Gesellschaft keine Toleranz und Duldung geben.

Martin Spreng, DGB-Regionsvorsitzender, geißelt Clements Vergleich von Hartz-IV-Empfängern mit „Parasiten“ als Terminologie des Dritten Reichs. Mit solchen Bildern, Mobbing gegen Erwerbslose, der millionenschweren Industrie-Kampagne „Neue soziale Marktwirtschaft“ und der täglichen Drohung, Betriebe ins Ausland zu verlagern, werde eine Spaltung der Gesellschaft bewirkt und Hass erzeugt. Die Folge: bei 10 bis 15 Prozent der Bevölkerung haben sich rechtsextreme Einstellungen festgesetzt. Er wünscht sich von OB Fenrich eine juristisch konsequente Bekämpfung der Neonazis.

Arno Neuber vom Friedensbündnis Karlsruhe spricht über das Vermächtnis der befreiten Häftlinge des Konzentrationslagers Buchenwald, „den Nazismus mit seinen Wurzeln zu vernichten, eine Welt des Friedens und der Freiheit aufzubauen“. Hingegen drücke sich heute die Militärführung vor einer klaren Distanzierung zur Wehrmacht, ohne die die Nazis ihre verbrecherischen Kriege nicht hätten führen können. Der Umbau der Bundeswehr zur weltweiten Einsatztruppe ziehe Neonazis gerade zu an. Er appelliert daran, gegen weltweite Kampfeinsätze der Bundeswehr, Eingreifverbände und das Kommando Spe-

Weihnachtsgeld für Hartz-IV-Empfänger ist möglich. BURGHAUSEN. Die bayerische Stadt Burghausen gewährt laut einer amtlichen Mitteilung ihren Mitbürgern, die ALG-II oder Sozialhilfe beziehen, eine Weihnachtsbeihilfe in Höhe von 80 EUR und für jedes weitere Haushaltsmitglied 60 EUR. Das Erwerbslosen Forum Deutschland ruft alle anderen Kommunen zur Nachahmung auf, da die Regelsatzverordnung keinen Extrabetrag für das Weihnachtsfest vorsieht. Vorsorglich sollten Betroffene einen zusätzlichen Antrag einreichen, um einen Beitrag zu Weihnachten zu erhalten. Das Erwerbslosen Forum Deutschland stellt auf den Internetseiten einen Musterantrag zur Verfügung. „Die Stadt Burghausen zeigt, dass es auch innerhalb der Hartz-IV-Gesetzgebung – selbst bei konformer Auslegung – noch Spielräume gibt. Angesichts der Regelsätze handelt es sich nicht um Bettelei, sondern um berechnete Ansprüche“, so Behrsing, Sprecher der Initiative. Laut der Initiative enthält die Regelsatzverordnung, die für ALG-II und Sozialhilfe gleich ist, keine Berücksichtigung für das Weihnachtsfest. Sämtliche Positionen seien nur auf den notwendigsten Lebensbedarf zugeschnitten und Ansparungen für Weihnachten ausgeschlossen. Ein gewisser Betrag müsse monatlich für Renovie-

rungen, notwendige Anschaffungen und Reparaturen zurückgelegt werden. „Burghausen wird deshalb diese Woche eine Urkunde erhalten, die unsere Wertschätzung ausdrückt“, sagte Martin Behrsing. www.erwerbslosenforum.de

Linke.PDS fordert Weihnachtsbeihilfe für behinderte Menschen. KÖLN. Nach den Reformen der letzten Bundesregierung erhalten behinderte Menschen, die Leistungen nach dem SGB XII beziehen, dieses Jahr erstmals keine Weihnachtsbeihilfe mehr. Darauf wies der Landschaftsverband Rheinland in einem Schreiben an Wohnheime hin. 2004 bekamen Heimbewohner noch 31 Euro für ein Weihnachtsfest. Dieses Jahr ist der Regelsatz um 90 Cent pro Monat höher, dafür fallen außer der Bekleidungspauschale alle einmaligen Leistungen weg. Dazu erklärt Jörg Detjen, Fraktionsvorsitzender der Linke.PDS-Gruppe in der Landschaftsversammlung Rheinland: „Das bedeutet eine Kürzung von über 20 Euro. Es ist zynisch, das Kahlschlag-Sparen der Agenda 2010 als Stärkung der Eigenverantwortung zu feiern. Nach dieser Logik sollen behinderte Menschen in Heimen und Wohngruppen 90 Cent pro Monat weglegen, um sich mit 10,80 Euro das Weihnachtsfest zu verschönern. Ein Sonderbetrag, um sich Weihnachten etwas Schönes zu

gönnen, ist zwar nicht lebensnotwendig. Zur (Lebens-) ‚Qualität für Menschen‘, dem Motto des LVR, gehört er aber unbedingt dazu.“ *jöd*

Eine Bürgererklärung zur Stadt der Zukunft wurde am 5.12.2005 im Europäischen Parlament vorgestellt. Die Förderung des Fußgänger- und Radverkehrs sowie des öffentlichen Nahverkehrs, ein besserer Erhalt des kulturellen Erbes, eine umweltverträgliche Flächennutzung und eine verantwortungsvollere politische Führung – dies sind die zentralen Themen für die europäischen Bürger. Die Erklärung wurde von einem Gremium abgefasst, das aus 26 Personen aus der gesamten EU besteht. Die Konferenz wird durch das EU-Forschungsprojekt „RAISE“ finanziert und bietet Bürgern die Möglichkeit, sich mit ihren Anliegen direkt an die politischen Entscheidungsträger zu wenden. In der Erklärung heißt es: „Wir gehören zu den 10% der reichsten Bürger der Welt, doch befolgen wir bislang am wenigsten den Grundsatz der Nachhaltigkeit. Jetzt ist die Zeit gekommen, zu handeln. Wir müssen unbedingt unsere Fortbewegungsmöglichkeiten im Alltag ändern, wir müssen die Verwendung von Privatfahrzeugen einschränken und die umweltverträgliche Flächennutzung zum Hauptziel der Städteplanung machen.“ Alle

zialkräfte einzutreten und für eine Welt des Friedens, der Solidarität und der Gerechtigkeit.

Johannes Stober von der SPD geht auf die Karlsruher WiderstandskämpferInnen gegen den Faschismus ein, beispielhaft auf den Kommunisten August Dosenbach, den Sozialdemokraten Ludwig Marum und den Zentrums-Politiker Reinhold Frank. Es gelte den Anfängen zu wehren und gemeinsam über alle Parteigrenzen hinweg Widerstand gegen Neonazis zu leisten.

Ganz im Gegensatz dazu die Handlungsweise der Stadt Karlsruhe, die sich OB Fenrich zurechnen lassen muss, angefangen mit einer unzureichenden Verbotsbegründung für den Neonazi-Aufmarsch, fortgesetzt mit dem unbegründeten Verbot der Gegendkundgebung auf dem großräumigen Bahnhofsvorplatz, endend in einer Verfügung, die Neonazis mittels weiträumiger Absperrung des gesamten Bahnhofsbereichs in der Zeit von 10 bis 22 Uhr zu schützen. Mit dieser Verfügung wäre die Bewegungsfreiheit aller BürgerInnen eingeschränkt worden. Dank der raschen rechtlichen Gegenwehr des Bündnisses wurde die Verfügung vom Verwaltungsgericht zurückgewiesen. Die Begründungen des Gerichts gegen die völlig überzogene Verfügung und die Beharrlichkeit des Bündnisses führten schließlich dazu, dass die Kundgebung doch wie von Anfang an geplant auf dem

Bahnhofsvorplatz stattfinden konnte.

Der Einschätzung von Sicherheitschef Behnle im regionalen Fernsehen unter Hinweis auf Gewaltszenen in Rastatt, dass sein Verbot der Gegendemonstration auf dem Bahnhofsvorplatz in Karlsruhe gerechtfertigt war, muss energisch widersprochen werden. Wenn die Polizei – wie in Rastatt geschehen – Neonazis unter Anwendung von Gewalt schützt, z.B. durch Einkesselung von Gegendemonstranten, muss sie sich über Empörung und entsprechende Reaktionen nicht wundern. In Karlsruhe hat das gesamte Bündnis unter Einschluss der autonomen AntifaschistInnen erfolgreich gewaltfreien Protest demonstriert.

Festzuhalten bleibt im Ergebnis, dass der neonazistische „Doppelschlag im wilden Süden“ aufgrund der entschiedenen Gegenwehr der Antifaschisten in Rastatt und Karlsruhe in einem Fiasko endete. Demokratie und Antifaschismus haben gewonnen.

Das Karlsruher Bündnis wird seine Anstrengungen weiter verstärken, um den Neonazis am 28. Januar 2006 erneut die Rote Karte zu zeigen. Für diesen Tag haben die gleichen Neonazis erneut einen Aufmarsch angemeldet, ausgerechnet zwischen den Jahrestagen der Befreiung von Auschwitz und der Machtübertragung an den Hitlerfaschismus.

Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen.

Gemeinsame Erklärung der Mitgliederversammlungen von Linkspartei.PDS, Gemeinsam gegen Sozialraub und WASG zur Gründung einer „Fraktion Die Linke.Köln im Rat der Stadt“

Köln braucht soziale Alternativen!

DIE LINKE.KÖLN Fraktion im Rat der Stadt Köln repräsentiert ein breites, internationalistisches Spektrum sozialer und linker Kräfte in unserer Stadt. Sie besteht aus: Die Linkspartei.PDS, Offene Liste im Rat der Stadt Köln, die seit 1999 mit zwei und seit 2004 mit drei Ratsmitgliedern im Stadtrat vertreten ist und darüber hinaus noch jeweils ein Mitglied in sieben Kölner Bezirksvertretungen hat, und dem Bündnis „Gemeinsam gegen Sozialraub“, das seit 2004 mit einem Mitglied im Stadtrat vertreten ist und u.a. von Mitgliedern der DKP, SAV und ISL gegründet wurde.

Auch die „Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ (WASG), die 2005 zur Landtagswahl in NRW kandidierte und eine gutes Ergebnis erzielte, ist beteiligt. Sie stellt sachkundige Einwohner und ist durch einen Übertritt von der SPD mit einem Mitglied in der Bezirksvertretung Ehrenfeld vertreten.

Die Bündelung von Linkspartei. PDS,

Teilnehmer des Gremiums argumentierten, die Mobilität sei ein zentrales Element ihres Alltagslebens, doch gleichzeitig eine der Hauptursachen ihrer täglichen Probleme.

Die Idee zu dieser Bürgererklärung und ihre Realisierung entstammen dem mit EU-Geldern finanzierten Forschungsprojekt RAISE. An diesem Projekt, das im Rahmen des Umweltforschungsprogramms gefördert wird, nehmen Partner aus Italien, Österreich, Belgien, Rumänien und Polen teil. Ziel des Projekts ist es, die Ergebnisse anderer EU-Forschungsprojekte zur Nachhaltigkeit in Städten besser zu nutzen und sie stärker ins Bewusstsein zu rücken. 26 Personen aus den 25 EU-Mitgliedstaaten und aus Rumänien nahmen an mehreren Workshops teil, um die Forschungsergebnisse zu diskutieren und sie mit ihren eigenen Erfahrungen zu vergleichen. www.europa-mv.de

Kommunalwahlrecht für alle ausländischen Mitbürger. POTSDAM. Für die Einführung des Kommunalwahlrechtes für alle ausländische Mitbürger, die mindestens ein Jahr in einer Kommune Brandenburgs wohnen, wird sich die Stadt Potsdam aussprechen. Wie die Stadtverordneten mit großer Mehrheit auf Antrag der Linkspartei.PDS beschlossen, werde die Landesregierung

und der Landtag gebeten, die rechtlichen Grundlagen dafür zu schaffen. Den Passus, dies solle schon für die Kommunalwahlen 2008 geschehen, wollte Mike Schubert (SPD) streichen, „da wir sonst Hoffnungen schüren, die wir nicht halten können“. Hans-Jürgen Scharfenberg (PDS) übernahm dies in seinen Antrag. Vor dem Votum warb Albana Gjoka vom Ausländerbeirat für mehr politische Partizipationsrechte für Ausländer. In der Debatte ergriff Günther Schwemmer von der rechtsradikalen DVU erstmals in dieser Legislaturperiode das Wort: Wahlrecht sei Staatsbürgerrecht, wer dem Antrag zustimme, handle „verfassungswidrig“, drohte er. Christian Seidel (SPD) ließ Schwemmer mit der Anmerkung auflaufen, „EU-Ausländer haben schon heute kommunales Wahlrecht“. Schwemmer votierte dagegen, einige CDU-Stadtverordnete enthielten sich der Stimme. *Potsdamer Neueste Nachrichten* 9.12.2005 www.inforiot.de

Blitz-Begehren gegen Privatisierung. DÜSSELDORF. In Düsseldorf gibt es seit dem 7.12.2005 die Neuaufführung eines bereits 2001 erfolgreichen Bürgerbegehrens. Die Gewerkschaft Verdi begann an diesem Tag mit der Unterschriftensammlung gegen den von Oberbürgermeister Joachim Erwin

(CDU) angekündigten Verkauf von 25 Prozent der Düsseldorfer Stadtwerke an das Energieversorgungsunternehmen Energie Baden-Württemberg (EnBW). Die Verkaufspläne werden von CDU und FDP im Rat unterstützt. Alle anderen Ratsfraktionen lehnen den Verkauf ab. Oberbürgermeister Erwin will eine beim Verkauf des 1. Aktienpakets von 29,9 Prozent vor 4 Jahren mit der EnBW vereinbarte Vereinbarung nutzen, nach der sich das Unternehmen verpflichtet hatte, bis zum 31. Dezember dieses Jahres zusätzliche Anteile zu einem Festpreis zu kaufen, falls eine Ratsmehrheit deren Verkauf beschließt. Der Verkauf soll 361 Millionen Euro in die Stadtkasse spülen. Die Initiatoren des neuen Bürgerbegehrens haben angekündigt, trotz der knappen Zeit bis zur nächsten Ratssitzung am 15. Dezember die notwendigen rund 13.500 Unterschriften für ein Bürgerbegehren sammeln zu wollen. Mehr Demokratie forderte OB Erwin auf, mit seinem Verhalten die Demokratie nicht zu beschädigen. „Der Oberbürgermeister sollte Gegnern und Befürwortern der Stadtwerke-Privatisierung die Chance und die Zeit geben, bei den Bürgern für ihre Position zu werben.“

www.mehr-demokratie.de
Zusammenstellung: baf

Kommunale Politik

→ WASG, anderen linken Organisationen und Einzelpersonen war bei der Bundestagswahl auch in Köln erfolgreich: sie erhielt 5,8% und damit 30105 Stimmen.

Das ist für uns ein Ansporn, die Interessen derer zu unterstützen, für deren Anliegen wir uns auch schon vor der Wahl eingesetzt haben: insbesondere die Arbeitenden, Erwerbslosen und Benachteiligten. Die Verbesserung ihrer Lebenssituation ist Ziel unserer kommunalen Aktivitäten.

Die gemeinsame Ratsfraktion will mehr sein als eine bloße Verbindung zweier Wahllisten. Sie will einen Beitrag zur Neuformierung und Stärkung der Linken in unserer Stadt leisten. Uns eint die Opposition gegen den Neoliberalismus und Sozialabbau. Gleichzeitig vertreten wir durchaus unterschiedliche linke Positionen und Herangehensweisen.

Aber solche unterschiedlichen sozialen und sozialistischen Positionen sind für uns weniger ein Problem, sondern eher Ausdruck der Bandbreite gesellschaftlicher Diskussion um soziale Alternativen in unserer Stadt. Wir sind kein starres Bündnis, sondern werden offene und transparente Strukturen entwickeln.

DIE LINKE.KÖLN sieht sich als Teil einer breiten Bewegung. Sie sucht die Zusammenarbeit mit allen sozialen Initiativen, Selbstorganisationen, Runden Tischen, Mietervereinen und -initiativen, Verbänden und Gewerkschaften. Eines unserer wesentlichen Anliegen ist die Stärkung von sozialen Initiativen. Ihre Anregungen wollen wir aufnehmen und in den Rat und die Ausschüsse tragen.

Wir wollen mit unserer Arbeit dazu beitragen, den Widerstand und die Selbstorganisation zu unterstützen.

Wir rufen die sozialen Bewegungen auf, mit uns gemeinsam zu arbeiten, Anregungen zu geben und unsere Arbeit kritisch zu begleiten.

Zu diesem Zweck werden wir „offene Foren“ veranstalten, auf denen wir Schwerpunktthemen und die allgemeine Arbeit der Ratsfraktion diskutieren.

Wir wollen alle parlamentarischen und außerparlamentarischen Möglichkeiten nutzen, um die gesellschaftlichen Verhältnisse zu verändern.

CDU, SPD, Grüne und FDP vertreten gegenwärtig lediglich unterschiedliche Varianten einer Politik des Sozialabbaus und der Umverteilung von unten nach oben. Wir werden keine Politik des Sozialabbaus mitgestalten, wir treten ein gegen alle Formen von Sozialabbau, Privatisierung, Lohndumping und Arbeitsplatzvernichtung.

Für eine Koalition mit der SPD und den Grünen im Stadtrat oder die Tolerierung einer solchen Koalition sehen wir daher keine Möglichkeit. Es gibt keine inhaltliche Basis. Sollte es zu wechselnden Mehrheiten im Stadtrat kommen, werden wir punktuell Mehrheiten für soziale und emanzipatorische Beschlüsse suchen.

Wir greifen in nächster Zeit folgende Themen auf:

- Hartz IV ist Armut und Demütigung per Gesetz. Wir kämpfen weiterhin für die Rücknahme der Hartz-Gesetze.

Im Stadtrat setzen wir uns für jede konkrete Maßnahme ein, die zur Verbesserung der Lage der Betroffenen führt, wie z.B. die Forderung nach einem Mobilitätsticket, die Übernahmen von Schulbuchkosten und die vollständige Übernahme von Wohnungs- und Heizkosten. (...)

- Wir wollen die gleichen Rechte aller Kölnerinnen und Kölner. Emanzipation heißt für uns: Übertragung von kommunalpolitischen Entscheidungen auf die Einwohner dieser Stadt. Dazu gehört auch der Haushalt. Deshalb befürworten wir einen Beteiligungshaushalt. An Hand von Erfahrungen anderer Kommunen in der ganzen Welt werden wir uns dafür einsetzen, dass über Haushaltsmittel bereits auf der Ebene der Stadtbezirke entschieden wird.

der Ebene der Stadtbezirke entschieden wird.

- Wir setzen uns für den öffentlichen und genossenschaftlichen Wohnungsbau ein. Die Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum ist ein Grundelement einer sozialen und demokratischen Stadtgesellschaft.

Als erster Schritt muss der Wohnungsgesamtplan 2015 für Köln und damit der Bau von 57.000 Wohnungen umgesetzt und weiterentwickelt werden.

- Wir setzen uns für ein Bleiberecht von in Köln lebenden „Geduldeten“ und „Illegalen“ ein. Flüchtlingskinder haben ein Anrecht auf Schulunterricht. Flüchtlinge müssen dezentral in Wohnungen untergebracht werden.

- Wir kämpfen gegen jede Spielart von Rassismus, Ausländerfeindlichkeit und Diskriminierung und setzen uns für gleiche Rechte ein.

- Wir werden die verlogene Propaganda der als „Bürgerbewegung“ getarnten Neonazis von „Pro Köln“ und anderer Rechtsextremer aufdecken und bekämpfen.

Die vollständige Erklärung wird im nächsten Platzjabbeck veröffentlicht.

www.gnn-archiv.statipic.de/archiv/Lokal/NRW/LBK/2005/lbkoe25_05.pdf



Tarifrunde Metallindustrie:

Brummende Konjunktur, diffuse Forderungslage

Die Diskussionen zur Forderungsaufstellung für die Tarifrunde in der Metallindustrie wird begleitet von Nachrichten eines aktuellen und auch für 2006 prognostizierten Wachstumschubs. Die Industrieproduktion hat kräftig angezogen, aber es mehren sich auch Meldungen über verstärkte Investitionsabsichten. „Nach der Jahreswende wird sich die deutsche Wirtschaft deutlich beleben.“ schreibt das Handelsblatt und weist eine mögliche Steigerungsrate von 1,6% aus. (HB, 5.12.05). Am 9.12. meldet das gleiche Blatt unter den mittelständischen Industrieunternehmen wachse die Bereitschaft zu investieren. Analog haben die Wirtschaftsinstitute ihre Prognosen für 2006 korrigiert. „Das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) erwartet jetzt 1,6 Prozent, 0,2 Punkte mehr als noch vor drei Monaten. Das Kieler Institut für Weltwirtschaft hob seine Prognose sogar um 0,4 Punkte auf 1,5 Prozent an. Maßgeblich seien die steigenden Exporte und höhere Investitionen. Ein kleines Plus sei auch beim privaten Konsum zu erwarten.“ (HB, 9.12.05) Für die DAX-Unternehmen sind bereits Rekordausschüttungen angekündigt. Die IG Metall selbst geht in ihrer Beurteilung der Daten für den Metallsektor für 2006 von einem Verteilungsspielraum von 6 % aus.

In gewisser Weise erleichtert zeigte sich die Wirtschaftspresse über die Ankündigung der IG Metall, die für 2007 geplante Mehrwertsteuererhöhung nicht in die Tarifforderung aufzunehmen. Gesamtmetall-Präsident Kannegiesser äußerte sich eher bestätigend, Versuche, steuerliche Maßnahmen durch die Tarifpolitik zu kompensieren, führten „in einen Teufelskreis.“ (HB, 28.11.05) Allerdings hat Berthold Huber auch klar gelegt, die Tarifpolitik der IG Metall würde darauf reagieren, wenn sich die Daten bei der Preissteigerung aufgrund der Mehrwertsteuererhöhung veränderten.

Am 12. Dezember (nach Redaktionschluss) hat der Vorstand der IG Metall seine Forderungsempfehlung beschlossen. Jedoch hatte die Tarifkommission des traditionell standardsetzenden Bezirks Baden-Württemberg bereits am 1. Dezember eine Resolution mit Forderungsempfehlungen verabschiedet. Darin wird eine Lohnsteigerung von 4,5 bis 5 %, der Neuabschluss des seit Anfang des Jahres ausgelaufenen Tarifvertrages über vermögenswirksame Leistungen sowie eine (modifizierte) neue Absicherung der im Lohnrahmentarif II vereinbarten Erholzeiten vorgeschlagen. In verschiedenen Bezirken (Hessen,

Niedersachsen, Küste) gab es durchaus Diskussion um Strukturforderungen (Festgeld, Mindestbeträge) und betrieblich waren Forderungshöhen von bis zu 10 % gefordert worden.

Erwartungsgemäß hat das Arbeitgeberlager die anvisierte Forderungshöhe als nicht zeitgemäß und überzogen kommentiert. Es verweist auf die Aufgabe, „Wertschöpfung am Produktionsstandort Deutschland zu halten“ und in diesem Zusammenhang die Lohnentwicklung „hochsensibel zu dirigieren“ (HB, 2.12.05). Gesamtmetall setzt seinen Weg der Lohnsenkung damit fort. Zum einen wird mit der alten Leier von den niedrigen Arbeitskosten als Voraussetzung für Wachstum im Produktionsbereich versucht, tarifliche Lohnsteigerungen niedrig zu halten und zum anderen wird dies durch forcierte Anwendung von Sanierungs- und Sondertarifen auf Basis der 2005 eingeführten Tarifregelungen für betriebliche Abweichungen flankiert.

Dagegen hat die IG Metall in den letzten zwei Jahren unter der Losung „besser statt billiger“ versucht, in der öffentlichen Meinung zu punkten. Jetzt soll diese Strategie in tarifliche Forderungen zu verstärkten Innovationsanstrengungen in den Betrieben gegossen werden. Mit diesem Ansatz versucht die IG Metall den Kapitalisten etwas gegen ihre permanente Lohnsenkungsgelüste um die Ohren zu hauen und sich Luft zu verschaffen im Abwehrkampf gegen Arbeitszeitverlängerung und Lohndrückerei.

Hinsichtlich der konkreten Forderungen ist jedoch eine diffuse Situation entstanden. Es stehen mittlerweile verschiedenste Forderungen nebeneinander, die erhoben werden sollen. Lohn-erhöhung, Innovation, Qualifizierung, Lohnrahmen-TV II, vermögenswirksa-

me Leistungen. Was sind die Schwerpunkte? Problematisch ist aber vor allem, dass die Überlegungen zu einem Innovationstarifvertrag das Stadium einer propagandistischen Forderung noch kaum verlassen hat. So wird teils auch in den Vordergrund gestellt, man formuliere ein neues interessantes Thema das sich an die Presse und die Öffentlichkeit richtet, um die IG Metall aus dem Geruch des Bewahrers und einer nicht auf die Schaffung von Arbeitsplätzen bedachten Besitzstandswahrs zu holen. In vielen Tarifkommissionen herrschte einiges Unverständnis über den Gehalt der möglichen Forderungen, und es taucht auch die Frage auf, wie viele Prozentpunkte bei der Lohnforderung die IG Metall sich einen Innovationstarifvertrag kosten lassen wolle.

Ein wesentlicher Grund für die diffuse Situation dürfte sein, dass kein ausgewiesener Begriff von Innovation vorliegt. Eingeklagt wird allgemein Produkt- und Prozessinnovation, praktisch geht es oft um Produktivitätssteigerung, Produktanpassung, neue Modelle u. ä. Wenn die Forderung nicht einfach darauf hinauslaufen soll, im Standortwettbewerb auf begrenzten Märkten durch Produktivitätssteigerungen und Arbeitsintensivierung die Nase vorne zu haben, müsste stärker ausgewiesen werden, in welchen Sektoren der Branche und in welchen Technologiebereichen echte Neuerungen (neue Kombinationen) möglich sind. Damit taucht aber sofort auch die Frage auf, wie diese Strategie in Branchen mittlerer oder veralteter Technologie greifen soll.

Praktisch sind die Überlegungen zu einem Innovationstarif bisher nur im Bereich der Qualifizierung geworden. Damit wird auch den tarifpolitischen Beschlüssen des EMB nachgekommen, der die Verankerung von Qualifizie-

rungsrechten in den nächsten Jahren zu einer europäischen tarifpolitischen Kampagne machen will. Individuell einklagbare Qualifizierungsansprüche jenseits des Qualifizierungszwangs sind jedoch etwas anderes als Innovation.

Um der Gefahr zu begegnen, dass die Forderung am Ende hohl dreht, müsste die IG Metall eine betriebspolitische Strategie entwickeln, die auf die verschiedenen Bedingungen in einzelnen Branchen bzw. Technologiefeldern abgestimmt ist und sie müsste die Beschäftigten mobilisieren, die letztlich in den Betrieben den Prozess der Innovation praktisch betreiben. Ansonsten besteht die Gefahr, dass es einfach um Produktivitätssteigerungen geht, durch die in stagnierenden Märkten am Ende nur der Konkurrenzdruck erhöht würde. Wiederholung der Erfahrungen mit Lean Produktion, wo statt der erwarteten teilautonomen Gruppenarbeit häufig nur Arbeitsintensivierung herauskam, blieben dann übrig. Damit würde letztlich auch die Intentionen des Projektes „Gute Arbeit“ konterkariert, mit dem derzeit unter anderem versucht wird, die Frage der Arbeitszeitgestaltung mit Problemen der Leistungsabforderung und -überforderung zu verbinden.

Anders herum ergäbe sich im Zusammenhang mit der baden-württembergischen Diskussion zu den Erholzeiten eine Möglichkeit der Verknüpfung mit dem Projekt „Gute Arbeit“. Der Ansatz dort ist, die Möglichkeit von Erholzeiten von der Bedingung Band- oder Taktarbeit abzulösen und insgesamt an die Arbeits- und Leistungsbedingungen gebunden werden. Damit wäre die betriebliche Auseinandersetzung um Arbeitsintensivierung und Überforderung in allen Arbeitsbereichen möglich.

rog



Tarifrunde 2005

Warnstreiks in den Versicherungen ...

HAMBURG. 2500 Hamburger Versicherungsbeschäftigte haben am 28. November Warnstreiks und einen Sternmarsch durchgeführt. Warngestreikt haben u.a. die Volksfürsorge, Deutscher Ring, Allianz, Signal Iduna, Euler-Hermes, Hanse-Merkur, Alte Leipziger, Hallesche, Condor, Axa, HDI, HUK, Debeka, Feuerkasse-Provinzial und Gerling. In einigen Unternehmen war die Beteiligung so hoch, dass der Betrieb ganz eingestellt werden musste. Am 12. Dezember fanden dann weitere Streiks statt.

Anlass war die dritte Verhandlungsrunde für die 240.000 Versicherungsangestellten, die diesmal in Hamburg stattfand. Ver.di fordert 4,5 % mehr Gehalt und Beschäftigungssicherung. Provoziert hatte der Arbeitgeberverband Ver-

→ sicherungen (agv) mit seinem Forderungspaket. So sollen unter anderem die Arbeitszeit von 38 auf 40 Stunden in der Woche verlängert und der Sonnabend Regelarbeitstag werden – ohne Zuschläge. Es sollen Niedriglohngruppen eingeführt werden, die bis zu 30 % (!) unterhalb der heute niedrigsten Tarifgruppe liegen, und gleichzeitig wollen sie die übertariflich bezahlten Angestellten aus der Tarifbindung rausbrechen. Dies vor allem mit dem Ziel, über die Arbeitszeit der ÜT-Angestellten unbegrenzt verfügen zu können. Es gibt noch eine Reihe weiterer Arbeitgeber-Forderungen zur Gehaltsabsenkung und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. Hinzu kommt, dass der Gehaltstarif bereits seit dem 30.9.2005 ausgelaufen ist und der agv bis zur 3. Verhandlungsrunde noch nicht einmal ein Gehaltsangebot gemacht hat. Mit der Verweigerung eines Gehaltsangebots und seinem Forderungspaket hat es der agv geschafft, alle Beschäftigtengruppen gegen sich aufzubringen, von den Niedrig- bis zu den Hochbezahlten.

Die Kolleg/innen sind über dieses Vorgehen besonders erbost, weil die Versicherungen von Rekordgewinn zu Rekordgewinn eilen. Wenn die Allianz allein in diesem Jahr 4 Milliarden Euro Gewinn einfährt und gleichzeitig bekannt gibt, dass sie 10.000 Leute rauschmeißen will, fehlt jedes Verständnis. Langsam nimmt die Erkenntnis zu, dass mit steigenden Gewinnen die Unternehmensvorstände immer rabiater gegen die Beschäftigten vorgehen, um die Renditen noch schneller zu steigern. Und es wächst die Bereitschaft der Kolleg/innen, sich dagegen zu wehren.

Deshalb sind die Beteiligungen an den Warnstreiks und Protestaktionen in diesem Jahr so hoch wie nie zuvor. In den Aktionen treffen zunehmend die betrieblichen Belange, wie der Protest gegen geplanten Personalabbau, und die Tarifforderungen zusammen. So haben Streiks bei der Hamburg-Mannheimer bundesweit und vor allem in Hamburg und Nordrhein-Westfalen den Betrieb zeitweise lahmgelegt. In Hamburg haben am 23.11. über 1.500 Hamburg-Mannheimer-Kolleg/innen unter Beteiligung weiterer City-Nord-Betriebe warngestreikt. Im ganzen Ergo-Konzern finden Aktionen statt. Im Allianz-Konzern finden inzwischen Streiks in Orten statt, in denen früher noch nie etwas los war. In Hamburg hatten schon im September 1400 Beschäftigte der Allianz-Niederlassung gegen geplante Standort-Schließungen demonstriert. Am 6.12. ist eine weitere Aktion der Allianz-Kolleg/innen in der Innenstadt geplant.

In der Tarifverhandlung am 28.11. zeigten sich die Arbeitgeber durchaus beeindruckt und ließen einen Teil ihrer Forderungen fallen – u.a. die Verlängerung der Arbeitszeit und die Einfüh-

rung von Niedriglohngruppen. Gleichzeitig kamen sie aber mit einem „Gehaltsangebot“, dass die Kolleg/innen erneut auf die Straße treibt: Angeboten sind 0,9 % ab 1.1.2006 und ab 1.4.2007 noch einmal 0,6% (!) Erhöhung für insgesamt 2 ½ Jahre Laufzeit – bis März 2008. Und das bei Gewinnsteigerungen der Versicherungen von 30 bis 100 %. Die ver.di-Tarifkommission war nicht bereit, auf der Grundlage eines solchen „Angebots“ weiter zu verhandeln. Die nächste Verhandlung wird am 21. Dezember stattfinden – wiederum in Hamburg. Bis dahin werden im ganzen Bundesgebiet weiter Warnstreiks und zunehmend auch Ganztagesstreiks stattfinden. Am 5.12. haben in Stuttgart (Allianz) und in Karlsruhe (Karlsruher Leben) Tagesstreiks stattgefunden mit 1.600 Teilnehmern. Heute, 13.12. gibt es

www.dgb.de

Keine EU-Dienstleistungsrichtlinie ohne soziale Ausgewogenheit!

BERLIN. Der DGB-Bundesvorstand hat am Dienstag (6.12.) folgende Resolution zur EU-Dienstleistungsrichtlinie beschlossen:

Die Abstimmung im Binnenmarktausschuss des Europäischen Parlaments (EP) am 22./23.11.2005 gibt Anlass zur Sorge, dass eine soziale Gestaltung der EU-Dienstleistungsrichtlinie scheitert. Der DGB-Bundesvorstand fordert alle Europa-Parlamentarier zu einem klaren Bekenntnis für den Schutz der Arbeitnehmerinteressen bei der Durchsetzung des Binnenmarktes auf. Sollte die Haltung des Binnenmarktausschusses vor der 1. Lesung im Plenum des EP nicht wesentliche Änderungen erfahren, so ist der Richtlinienvorschlag als Ganzes abzulehnen.

Auch die Bundesregierung muss sich für die genannten Abänderungen einsetzen und bei einem Scheitern der Verhandlungen im Rat zu diesen Fragen die Richtlinie ablehnen. Dieser Auftrag leitet sich aus dem Koalitionsvertrag ab.

Harmonisierung statt Herkunftslandprinzip: Der DGB befürwortet einen Dienstleistungsbinnenmarkt, der systematisch auf der Harmonisierung der Rahmenbedingungen und auf transparenten, gemeinsamen Regelungen aufbaut. Das Herkunftslandprinzip ist hingegen eine Bankrotterklärung für eine Politik der europäischen Integration.

Eine knappe Mehrheit im Binnenmarktausschuss hat trotz massiver Kritik das Herkunftslandprinzip, wie es im ursprünglichen Kommissionsvorschlag vorgesehen ist, fast unverändert bestätigt. Der DGB wendet sich strikt und ohne Wenn und Aber gegen die Anwendung des Herkunftslandprinzips bei der Erbringung von Dienstleistungen.

Die neu eingefügte Option der Ab-



einen großen Warnstreik in Hamburg bei Hamburg-Mannheimer plus Ergo-Betriebe. Für den 21. Dezember plant ver.di-Hamburg größere und sichtbare Aktionen. (res)

weichung vom Herkunftslandprinzip in besonderen Fällen des öffentlichen Interesses setzt eine extrem hohe Hürde und gilt nur für strikt begrenzte Sonderfälle. Die Kontrollfähigkeit der Staaten am Ort der Dienstleistungserbringung ist zwar geringfügig verbessert worden. Es bleibt aber die Unwägbarkeit, nach 25 verschiedenen Rechtsordnungen kontrollieren zu müssen, was zu mehr Rechtsunsicherheit und Inländerdiskriminierung führen kann.

Wahrung der sozialen Interessen hinsichtlich des Arbeitsrecht, der Gewerkschaftsrechte und der sozialen Sicherung: Kollektive und individuelle Arbeitnehmerrechte müssen unabhängig vom Unternehmenssitz für alle Beschäftigten eines Landes gelten. Arbeits- und sozialrechtliche Fragen dürfen daher in der Dienstleistungsrichtlinie nicht geregelt werden. Der EU-Vertrag sieht hierfür eine eigene Rechtsgrundlage vor, die dem Ziel des sozialen Fortschritts und nicht dem Wettbewerb verpflichtet ist.

Um negative Auswirkungen durch die Dienstleistungsrichtlinie auszuschließen, müssen alle Fragen im Zusammenhang mit der Beziehung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer aus dem Geltungsbereich ausgeschlossen werden. Die vom Binnenmarktausschuss übernommene Formulierung in Artikel 1, wonach die Beeinträchtigung des Arbeits- und Sozialrechts ausgeschlossen sein soll, zeigt die positive politische Absicht, bietet jedoch bei ihrer Anwendung und Auslegung nur eingeschränkten Schutz. Arbeitnehmerrechte, die nicht im Arbeits- und Sozialrecht niedergelegt sind, bleiben dem Herkunftslandprinzip unterworfen. Dies gilt auch für die wichtige Frage der

Unterscheidung zwischen Selbständigkeit und Arbeitnehmerstatus. Eine definitive Klarstellung im Sinne einer Geltung aller Arbeitnehmerrechte am Arbeitsort ist notwendig.

Grenzüberschreitende Leiharbeit muss vom Anwendungsbereich ausgeschlossen werden: Leiharbeitsunternehmen und ihre Tätigkeiten sollen nach dem Willen des Binnenmarktausschusses in den Anwendungsbereich der DLRL fallen. Das ist für den DGB nicht akzeptabel. Die Leiharbeit insgesamt sowie die Tätigkeiten von Leiharbeitsagenturen müssen aus der Richtlinie ausgeschlossen werden. Andernfalls entstehen Abgrenzungsschwierigkeiten zur Entsenderichtlinie und damit Lücken beim Schutz der Rechte von LeiharbeiterInnen, die grenzüberschreitend eingesetzt werden. Missbrauch und Verstöße würden begünstigt.

Die Arbeitsbedingungen und der Schutz der Beschäftigten im Rahmen grenzüberschreitender Leiharbeit müssen darüber hinaus im Sinne des Gleichbehandlungsgebots in einer eigenständigen Richtlinie europäisch geregelt werden.

Entsendung von Arbeitnehmern muss nach dem Arbeitsortprinzip geregelt werden: Der DGB begrüßt, dass der Binnenmarktausschuss des Parlaments sich zu dem Beschluss des Sozialausschusses, die Neuregelung der Kontrolle und Überwachung der Entsendung aus der Dienstleistungsrichtlinie zu streichen, nicht gesondert geäußert hat. Dieser Beschluss zur Streichung der Artikel 24 und 25 muss in der Schlussabstimmung im Plenum des Europäischen Parlaments unbedingt bestehen bleiben. Diese Streichung muss auch im Rat durchgesetzt werden, denn der aktuelle Entwurf der britischen Präsidentschaft sieht hier nur eine leichte Abänderung vor. Der Kommissionsvorschlag zu Artikel 24 und 25 mit den besonderen Entsendebestimmungen greift in die nationalen Vorschriften über die Kontrolle und Überwachung der Mindestvorschriften der Entsenderichtlinie ein und verhindert damit wirkungsvolle Überprüfungen der Rechtmäßigkeit der Entsendungen.

Das Arbeitsortprinzip muss bei der Entsendung von Arbeitnehmern im Rahmen der Erbringung von Dienstleistungen gewährleistet werden, dies muss auch für die gewerkschaftliche und betriebliche Interessenvertretung gelten. Die Unterscheidung zwischen abhängig Beschäftigten und Selbständigen obliegt den Mitgliedstaaten, in denen die Dienstleistung erbracht wird.

Die Daseinsvorsorge darf keinem ruinösen Preiswettbewerb unterworfen werden: Dienstleistungen von allgemeinem und allgemeinem wirtschaftlichen Interesse (DAI/DAWI) sind ein substantieller Bestandteil des europäischen Gesellschafts- und Sozialmodells. Quali-

tativ hochwertige gemeinwohlorientierte Dienstleistungen müssen gegen einen schrankenlosen Wettbewerb gesichert werden. Der Beschluss des EP-Binnenmarktausschusses ist ungenau und nicht ausreichend. Ungenau, weil die Ausnahme sich manchmal auf den Anwendungsbereich und manchmal lediglich auf das Herkunftslandprinzip bezieht. Unzureichend, weil die Definition der ausgeschlossenen Dienste am Kriterium des vorhandenen Wettbewerbs und nicht an der Gemeinwohlorientierung ausgerichtet ist.

Der DGB kann eine EU-Dienstleistungsrichtlinie nur mittragen, wenn der gesamte Bereich der Daseinsvorsorge klar aus dem Geltungsbereich der Richtlinie ausgeschlossen wird. Dafür ist eine eigenständige Rahmenrichtlinie nötig, die der Gemeinwohlorientierung und der Qualität dieser Dienste Rechnung trägt. Die Bundesregierung hat stets betont, dass durch die Dienstleistungsrichtlinie die nationale Bildungshöhe nicht unterlaufen werden darf. Wir erwarten von ihr, dass sie zu dieser Position steht und sich dafür einsetzt, dass die Bereiche Bildung und soziale Dienste ausdrücklich vom Anwendungsbereich ausgeschlossen werden, wie dies auch im Fall der Gesundheitsdienste erfolgt ist.

Eine eindeutige Definition einer „Niederlassung“ muss Schutz vor Missbrauch gewährleisten:

Ein unpräziser Niederlassungsbegriff führt dazu, über Briefkastenfirmen die Dienstleistungsfreiheit zu missbrauchen und nationale Voraussetzungen für eine Unternehmenstätigkeit zu umgehen. Die Dienstleistungsfreiheit soll allein dem Zweck dienen, vorübergehende Tätigkeiten in einem anderen EU-Land zu erleichtern. Eine dauerhafte Tätigkeit auf dem Markt eines anderen Mitgliedstaates sollte zur Einrichtung einer ordentlichen Niederlassung führen. Die Bezeichnung einer Niederlassung in einem Mitgliedstaat muss davon abhängig gemacht werden, dass dort tatsächlich eine Wirtschaftstätigkeit stattfindet und nicht allein eine Postadresse mit geringfügiger Verwaltungsarbeit dahinter steht.

Die Entscheidung des Binnenmarktausschusses enthält hier eine wesentliche Verbesserung, weil sie die effektive Ausübung der Dienstleistung vorschreibt. Um jeglichen Missbrauch durch einfache Sitzverlagerung auszuschließen, muss jedoch zusätzlich klar gestellt werden, dass die Wirtschaftstätigkeit selbst auch im Niederlassungsstaat stattfindet. Bislang schreibt der Richtlinienentwurf auch nicht vor, dass bei dauerhafter Dienstleistungserbringung in einem Empfängerland dort auch eine Niederlassung erfolgen muss.

Verantwortlich: Hilmar Höhn, Postfach 110372, 10833 Berlin, Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin, Tel. 030-24060-212, Fax -324

BDA kritisiert EuGH-Urteil gegen Hartz IV. SZ, Mi., 23.11. Arbeitsuchende über 52 Jahre dürfen in Deutschland nicht mehr – wie nach Hartz IV bislang möglich – generell ohne sachlichen Grund nur befristet eingestellt werden. Das Ziel, die berufliche Eingliederung arbeitsloser älterer Menschen zu fördern, sei zwar legitim, meinen die Richter. Doch die Vorschriften im Teilzeit- und Befristungsgesetz gingen über das hinaus, was zur Erreichung dieses Ziels „angemessen und erforderlich ist“. Es bestehe die Gefahr, dass älteren Arbeitnehmern bis zum Ruhestand „befristete, unbegrenzt häufig verlängerbare Arbeitsverträge angeboten“ würden und sie deshalb „während eines erheblichen Teils ihres Berufslebens“ von „festen Beschäftigungsverhältnissen ausgeschlossen“ seien (Rechtssache: C-144/04). Der BDA kritisierte diese Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes. „Das Urteil ist problematisch, weil es nicht zum ersten Mal zeigt, dass der EuGH eine sehr weite Auffassung von seiner Zuständigkeit hat“, sagte der Leiter der Rechtsabteilung, R. Wolf.

Auftragsboom für deutschen Maschinen- und Anlagenbau hält an. FAZ, Do., 1.12. Dank kräftiger Auslandsnachfrage steigen die Aufträge, allein im Monat Oktober um 18%. Die Bestellungen inländischer Kunden gingen dagegen zurück. „Es ist für uns eine herbe Enttäuschung, dass wir im Inland auf Minuskurs gegangen sind“, sagte der Konjunkturexperte des Verbandes Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA), O. Wortmann. Im Inland gingen die Bestellungen dagegen um 3% zurück. „Die Unterbrechung der seit Jahresbeginn anhaltenden leichten Belebung des Inlandsgeschäftes ist ein ernst zu nehmendes Zeichen für die labile Stimmung der Investoren“, so R. Wiechers vom VDMA. Die deutschen Hersteller profitieren vor allem vom florierenden Welthandel und der hohen Rohstoffnachfrage. Die Öl oder Erze fördernden Länder nutzten ihre steigenden Einnahmen für Investitionen, erläuterte Wortmann.

DIHK für Elterngeld-Modell der Regierung. SZ, Sa./So., 3./4.12. Die große Koalition plant ein staatliches Elterngeld in Höhe von 67% des vorherigen Nettoeinkommens zu zahlen, wenn ein Elternteil im ersten Geburtsjahr des Kindes zur Betreuung aus dem Beruf aussteigt. Das Geld soll nur dann in voller Höhe ausgezahlt werden, wenn auch der Vater des Kindes zwei Monate aus dem Job aussteigt. Neben DGB, Verdi und verschiedenen Familienverbänden hat sich auch DIHK-Präsident G. L. Braun für dieses Modell ausgesprochen.

Presseauswertung: rst

Die Linke.PDS beschließt Doppelmitgliedschaft für WASG und Kommunalpolitische Leitlinien

Als gegen Ende des Parteitages der Linkspartei.PDS am 10./11. Dezember 316 Delegierte die Doppelmitgliedschaft mit der WASG mit einer klaren Zweidrittel-Mehrheit beschlossen, war ein weiterer Schritt im Fusionsprozess mit der WASG getan. Trotzdem läuft nicht alles so rund, wie man meinen sollte.

Den Parteitag eröffnete Ehrenpräsident Hans Modrow. Lothar Bisky hielt eine Grundsatzrede, in der er über den Stand der Zusammenarbeit mit der WASG berichtete. Warum der Parteivorstand wenige Tage vor dem Parteitag das „Kooperationsabkommen III“ unterzeichnete, ohne ein Votum des Parteitages einzuholen, ließ Lothar Bisky offen. Eigentlich ein unnötiger Fehler, denn die Parteitagsdelegierten fühlten sich nicht richtig eingebunden. Bisky erklärte:

„Das Abkommen macht den Weg deutlich und enthält den Auftrag, dass wir die Parteibildung bis zum 30. Juni 2007 verwirklichen. Das verlangt von uns große Schritte und schafft zugleich den Raum für die notwendigen Debatten und Klärungsprozesse. Wir müssen diesen Prozess unter anderem deshalb bis etwa zur Hälfte der Bundestagslegislatur zu einem Abschluss führen, weil unsere Bundestagsfraktion nicht auf Dauer faktisch von zwei Parteien getragen werden kann. Wir brauchen rechtzeitig Klarheit, in welcher Formation wir die nächste Bundestagswahl angehen, um einen politischen Richtungswechsel voranzutreiben.“¹

Gregor Gysi trat als zorniger Fraktionsvorsitzender auf. Die Nichtwahl von Lothar Bisky zum Bundestagsvizepräsidenten habe ihn tief gekränkt.

Gysi räumte zum Schluss seiner Rede ein, dass die Bundestagsfraktion noch nicht so richtig in Gang gekommen ist: „Ich weiß, ihr habt uns nicht alle so erlebt in den letzten Tagen, wie ihr euch das vorgestellt habt. Aber wir müssen doch erst anfangen als Fraktion. Seid nicht ungeduldig, wir kommen.“²

Gysi wie auch Oskar Lafontaine erklärten, Anträge in den Bundestag einzubringen mit der Absicht, die anderen Parteien zu entlarven. Eine solche Politik drückt einen gewissen Grad an politischer Hilflosigkeit aus. Andererseits verwies Gysi zu Recht darauf, dass die Große Koalition im Bundesrat keine Zweidrittelmehrheit hat. Was man damit anfangen kann, ließ Gysi aber im Vagen.

Bei der Diskussion über die Gefangenen-Transporte des CIA setzten Gysi und Lafontaine unterschiedliche Akzente. Auffallend war, dass Gysi sich unangenehm populistisch äußerte. Lafon-

taine war da eher linker.

Gysi: „Aber die zuständigen Stellen nicht zu informieren, ist absurd und für den Verfassungs- und Innenminister geradezu krankhaft absurd. Das passt einfach nicht zusammen.“

Jetzt hat Europa die Chance zu sagen, die Grenze ist überschritten. Wenn es eine Werteauseinandersetzung geben sollen, die Diktaturen in Osteuropa würden überwunden, auch mit einer Wertediskussion (Grammatikfehler im Original- Verf.). Wenn diese Werte jetzt alle zerstört werden, weil der Kapitalismus immer kapitalistischer wird, weil Menschenrechte bei Gefangenen nicht mehr interessieren, weil es seit Jahren Leute auf Guantanamo gibt, die keinen Kontakt zu Angehörigen, zu Anwälten haben – und die gab es sogar in

men gibt, für diejenigen, die die Regierungereignisse sowohl in Mecklenburg-Vorpommern oder in Berlin oder anderswo anders beurteilen. Sie sehen das anders als diejenigen, die sie zu verantworten haben. Aber wenn man Neoliberalismus beschwört, dann muss man auch eine Vorstellung vor dem haben, was Neoliberalismus eigentlich ist. Und Neoliberalismus ist nicht, um das ganz klar zu sagen und auch die Trennlinie zu ziehen, wenn ein Gemeindepolitiker, ein Landes- oder Bundespolitiker bei knappen Kassen auch da und dort kürzt.“³

Auf dieses Zitat bezog sich dann in der Diskussion der neue Berliner Landesvorsitzende Klaus Lederer. Der Vorwurf neoliberaler Politik werde zu Totschlagsargument: „Man darf Regierungsbeteiligung nicht herbeireden, aber auch nicht ausschließen.“ Klaus Ernst hielt auch ein Grußwort und wurde von einem Delegierten gefragt, ob er Probleme mit dem Begriff des demokratischen Sozialismus in einem gemeinsamen Parteiprogramm habe. Seine Antwort kurz und knapp: „Nein!“

Dietmar Barsch wurde mit 64,3% der Stimmen zum Bundesgeschäftsführer gewählt. Ein deutlicher Dämpfer, musste er doch nach der Wahlniederlage 2002 seinen Hut nehmen und hatte nicht wieder kandidiert.

Die Wahl des Bundesschatzmeisters Bernhard Walther wurde zum Eklat. In seiner Vorstellung räumte Bernhard Walther ein, eine Verpflichtungserklärung als IM unterschrieben zu haben. Auf mehrere Anfragen von Delegierten, was er denn genau gemacht habe, gab er keine Antwort, nur den Hinweis, dass er eine Anfrage bei der Gauck-Behörde gestellt habe, aber die Antwort noch nicht vorliege. Viele Delegierte, vor allem aus dem Westen, waren empört. Trotzdem wurde die Befragung beendet und der Wahlakt eingeleitet. In diesem Moment war aber klar, so kommt der Parteivorstand nicht durch. Über die Personalie hatte der Vorstand die Delegation der WASG vorher nicht rechtzeitig und ausreichend unterrichtet. Die fühlte sich zu Recht vor den Kopf gestoßen. Eberhard Walther erhielt sogar noch 68,5% der Stimmen, erklärte dann aber, dass sein Mandat so lange ruhe, bis Klarheit geschaffen ist. Derweil fungiert Lothar Bisky auch als Schatzmeister.

Am zweiten Tag des Parteitages wurde über die Kommunalpolitischen Leit-



Diktaturen, solche Kontakte –, da müssen wir hier auch wegen unserer Kultur in Europa sagen: Schluss, Feierabend. Das ist mit diesem Europa zumindest zum größten Teil nicht zu machen. Das erwarte ich jetzt auch von der Kanzlerin, dass sie das sagt!“²

Lafontaine dagegen griff die Regierung an:

„Es geht um eine ganz andere Frage, inwieweit die deutsche Politik solchen Praktiken Vorschub leistet und inwieweit sie mit Schuld daran hat. Dieses ganze Gesäusel der Angela Merkel oder anderer ist völlig unglaublich. Wir haben bei allen Angriffskriegen das Völkerrecht gebrochen. Und wer das Völkerrecht bricht, der darf sich dann nicht wundern, dass andere meinen, das ist ja nicht mehr so schlimm. Wir haben Vorschub geleistet, dass so gehandelt wird. Nichts ist wahr an dem, was öffentlich erzählt wird.“³

Lafontaine griff auch in die kontroverse Diskussion zwischen Linkspartei.PDS und der Berliner WASG ein und erklärte:

„Und ich will auch nicht kleinreden, dass es da eine ganze Reihe von Proble-

linien diskutiert. Dagmar Enkelmann und Peter Zotl stellten die Leitlinien noch einmal vor:

Peter Zotl erklärte zwei Punkte für entscheidend: „Sozialistische Kommunalpolitik strebt nicht schlechthin ‚das Beste für die Menschen‘ an, sondern sie ist emanzipatorisch darauf gerichtet, jede Entscheidung partnerschaftlich mit der Gesellschaft zu treffen und umzusetzen bzw. die Entscheidungen direkt der Gesellschaft zu übertragen. Insofern orientiert sich unsere Kommunalpolitik konsequent am Leitbild der Bürgergesellschaft und Bürgerkommune.“

Zweitens: Jede kommunalpolitische Entscheidung muss dem Grundsatz sozialer Gerechtigkeit Stand halten, also vor allem, ob und wie für die Benachteiligten in dieser Gesellschaft Chancengleichheit und ein Standard an sozialer Sicherheit gegeben sind.“⁴

An der anschließenden Diskussion beteiligten sich auch viele Kommunalpolitikerinnen und -politiker aus den alten Bundesländern. Mehrfach wurde betont, dass die Kommunalpolitik für den Parteibildungsprozess eine wichtige Chance ist. jöd

Quellen:

Reden auf der 3. Tagung des 9. Parteitag der Linkspartei.PDS am 10. und 11.12.2005 in Dresden unter: www.sozialisten.de

- 1 Prof. Lothar Bisky, Vorsitzender der Linkspartei.PDS
- 2 Dr. Gregor Gysi
- 3 Oskar Lafontaine
- 4 Eine starke Bürgergesellschaft in starken Kommunen

Dokumentiert

Der Parteitag beschloss:

Der Parteitag nimmt das ›Kooperationsabkommen III – Rahmenvereinbarung zum Parteibildungsprozess zwischen Linkspartei.PDS und WASG‹ zustimmend zur Kenntnis.

Kooperationsabkommen III

Rahmenvereinbarung zum Parteibildungsprozess zwischen Linkspartei.PDS und WASG.

1. Die Linkspartei.PDS, die Partei des Demokratischen Sozialismus in der Bundesrepublik Deutschland, und die Partei Arbeit & soziale Gerechtigkeit – DieWahlalternative (WASG), die sich an der Leitidee der sozialen Gerechtigkeit orientiert und für die solidarische Umgestaltung der Gesellschaft einsetzt, wollen bis spätestens 30. Juni 2007 die freie Vereinigung der gesellschaftlichen Linken in der ersten wirklich gesamtdeutschen Partei erreichen.

2. Die neue Partei erstrebt eine emanzipatorische, demokratische und soziale, friedliche und ökologisch verträgliche Zukunft der Gesellschaft, in der die freie Entwicklung einer und eines jeden die Bedingung der freien Entwicklung aller ist.

Zur Politik der neu gebildeten Partei sollen Widerstand und Protest ebenso zählen wie der Anspruch auf Mit- und

Umgestaltung und die Entwicklung über den Kapitalismus hinaus weisender gesellschaftlicher Alternativen.

3. Die Partei entsteht durch den Prozess des Zusammenwachsens von Linkspartei.PDS und WASG. Der konkrete Rechtsweg, der Parteiname sowie Satzung und Statuten sind noch gesondert zu vereinbaren und zu beschließen.

In der pluralistischen Partei sollen alle Menschen einen Platz haben, die gegen die gegenwärtigen Verhältnisse in der kapitalistischen Gesellschaft Widerstand leisten, sie verändern und schrittweise überwinden wollen.

Die Mitgliedschaft ist an keine bestimmte Weltanschauung, Ideologie oder Religion gebunden.

Mitglied kann nicht sein, wer faschistisches, rechtsextremistisches, rassistisches oder antisemitisches Gedankengut vertritt.

4. Im Prozess der Parteibildung werden die Mitglieder beider Parteien auf allen Ebenen gemeinsame politische Diskussionen, Projekte, Aktionen und Kampagnen anstreben.

In offenen überregionalen Foren sowie in Veranstaltungen in Ländern und Kreisen sollen die politischen Gemeinsamkeiten, aber auch die historisch-kulturellen Unterschiede und die theoretisch-programmatischen Differenzen erörtert werden.

Dazu gehören insbesondere Fragen und Problemkreise wie

- Zum Verhältnis von parlamentarischer Arbeit und außerparlamentarischer Bewegung.

IN UND BEI
DER PDS

Die Linke.WASG Frankfurt wählte ihre Römer-KandidatInnen. 65 Kandidatinnen und

Kandidaten aus dem Umfeld von Linkspartei und WASG haben sich für eine gemeinsame Liste zur Kommunalwahl 2006 bereit gefunden und wurden auf der Mitgliederversammlung der Wählervereinigung „Die Linke.WASG“ am 3.12. mit großen Mehrheiten bestätigt. Darüber hinaus besteht gute Aussicht, dass es in 12 von 16 Ortsbeiräten Frankfurts zu linken Kandidaturen kommt.

Der Schwung des Bundestagswahlerfolgs konnte offenbar für eine Vertiefung der Zusammenarbeit der beiden Parteien genutzt werden, so dass die Formulierung eines von beiden Seiten getragenen vierseitigen Kurzwahlprogramms gelang. Schwerpunkte der Programmatik sind: Verbesserung der Finanzsituation der Kommunen; Kampf gegen Privatisierung kommunalen Eigentums; Förderung des öffentlichen und genossenschaftlichen Wohnungsbaus, um preiswerten Wohnraum in Frankfurt zu erhalten; Wirtschaftsförderung für kleine und

mittelständische Unternehmen; Förderung des Straßenbahnnetzes anstatt U-Bahnausbau; Schaffung sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze in stadtnahen Betrieben, Wohlfahrtsverbänden und Vereinen statt Ein-Euro-Jobs; Ausbau der sozialen Infrastruktur; besondere Unterstützung einer selbständigen Existenz von Frauen und Förderung sozial benachteiligter Kinder, insbesondere aus Migrantenfamilien (in Frankfurt fast 50%!); Ziel städtischer Politik soll es sein, allen Einwohnern ein selbstbestimmtes und repressionsfreies Zusammenleben zu ermöglichen. Mehr direkte Demokratie und Bürgerbeteiligung soll durch eigene Etats für die Ortsbeiräte und durch Einführung eines direkt mitbestimmten Bürgerhaushaltes fundiert werden.

Auf den aussichtsreichen 12 ersten Plätzen kandidieren Lothar Reininger, Carmen Thiele, Hajo Viehl, Astrid Fischer, Udo Mack, Yildiz Köremezli-Erkiner, Achim Kessler, Christian Funke, Zehra Ayyildiz, Klaus Gietinger, Oliver Nöll und Katerina Sikalopoulou.

Mit der Wahl des parteilosen Lothar Reininger ist ein „genossenschaft-

licher Linker“ an prominenter Stelle vertreten. Reininger, Vorsitzender des Club Voltaire und Vorstandsmitglied der neu gegründeten Baugenossenschaft FUNDAMENT, ist in Frankfurt durch die Organisation selbstverwalteter und wirtschaftlich erfolgreicher Projekte bekannt. Dem letzten Betriebsratsvorsitzenden der Frankfurter Adler-Werke gelang es mit dem Verein „Leben und Arbeiten in Griesheim und Gallus“, zahlreiche Werkwohnungen für deren Bewohner zu erhalten. Zuletzt führte die über 90-köpfige Belegschaft der Sanitärartikelfirma Reininger AG, deren Kapital im Eigentum der Beschäftigten ist, eine erfolgreiche Auseinandersetzung gegen die Instrumentalisierung der Stadtplanung durch den IKEA-Konzern.

So steht zu hoffen, dass die Linke im Römer sich stärker in Wirtschaftsfragen profiliert und das festgefügte Urteil, dass Linke nicht mit Geld umgehen könnten, ins Wanken bringt. Für Forderungen nach Etatrecht für Ortsbeiräte und Bürgerhaushalt wäre das in der „Finanzmetropole“ sicher von Vorteil. gst

- Was bedeutet „Links“ heute und was verbinden wir mit „Demokratischem Sozialismus“?
- Zur grundsätzlichen Haltung zu Regierungsbeteiligungen und den praktischen Erfahrungen und Ergebnissen.
- Zur Geschichte des „realen Sozialismus“ in der DDR und der Linken in der Alt-Bundesrepublik.
- Zu unserem Verhältnis zu anderen sich „links“ definierenden Strömungen und andere mehr.

5. Über den Abschluss des Parteibildungsprozesses entscheiden in beiden Parteien Bundesparteitage und Urabstimmungen der Mitglieder.

Zur Begleitung des Parteibildungsprozesses bilden beide Parteien

- eine gemeinsame, paritätisch besetzte Steuerungsgruppe, in der alle inhaltlichen und organisatorischen Grundfragen des Parteibildungsprozesses beraten und Aufträge an die Fachgruppen ausgelöst werden. Die Steuerungsgruppe informiert beide Parteivorstände und bereitet Entscheidungen dieser Gremien vor.
- paritätisch besetzte Fachgruppen:
 - zur Programmatik und politischen Strategie
 - zu statutarisch-organisatorischen Fragen
 - zu finanziell-materiellen und rechtlichen Fragen
 - zu internationalen Parteibeziehungen
- einen Beirat, dem vorwiegend externe Vertreter/innen – zum Beispiel aus Wissenschaft, Kunst und Kultur – angehören. Der Beirat soll den Parteibildungsprozess beratend begleiten sowie im Konfliktfall angerufen werden können.

6. Die Linkspartei.PDS und die WASG bekunden nachdrücklich ihre Absicht, auf keiner Ebene bei Wahlen konkurrierend anzutreten. Bei künftigen Wahlen bis zur Gründung der neu gebildeten Partei wird einvernehmlich und kooperativ über die Form des Antritts und der Listennominierung entschieden. Dieser Prozess wird so gestaltet werden, dass der Charakter der neuen Linken in der Listennominierung, der Namensgebung und in der Wahlkampfgestaltung widerspiegelt und der Prozess der Parteiwerdung der neuen Linken unterstützt wird. Die Parteivorstände werden dies auf allen Ebenen mit Nachdruck vertreten.

7. Die Vorstände von Linkspartei und WASG in den Ländern und Kreisen werden gebeten, auf der Grundlage dieser Vereinbarung Festlegungen für ihre Verantwortungsbereiche zu treffen.

8. Die Linkspartei.PDS und die WASG arbeiten als Mitglieds- bzw. Beobachterpartei in der Partei der Europäischen Linken mit.

9. Die Linkspartei.PDS schafft die Möglichkeit der Doppelmitgliedschaft

von Mitgliedern der WASG bis zum Abschluss des Parteibildungsprozesses.

Der Bundesvorstand der WASG hat beschlossen, dem nächsten Parteitag seiner Partei die diesbezügliche Veränderung der Satzung der WASG zu empfehlen.

Für Die Linkspartei.PDS:

Lothar Bisky, Bodo Ramelow

Für die Partei Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative:

Klaus Ernst, Thomas Händel

Aus der kommunalpolitischen Diskussion

Wir dokumentieren die Rede des Kölner Fraktionsvorsitzenden der Linkspartei, Jörg Detjen. Die Eingangsreferate von Dagmar Enkelmann und Peter Zotl sowie die beschlossenen Leitlinien finden sich unter: www.sozialisten.de

Liebe Genossinnen und Genossen, die Linkspartei hat bei Kommunalwahlen in den letzten Jahren in den metropolitenen Großstädten in den alten Bundesländern überdurchschnittlich gute Ergebnisse erzielt. Wir sind in den Großstädten München, Stuttgart, Frankfurt, Köln, Essen, Hannover in den Gemeindeparlamenten vertreten.

Das sind alles Städte, in denen der Migrantenanteil überaus groß ist, wo viele Studenten leben, wo arme Menschen in sozialen Brennpunkten leben. Das sind Städte, in denen die Mieten hoch sind, wo Konzerne weltweit operieren und in der die Kommune Dienstleistungen und öffentlich Güter für Hunderttausende Menschen gut und preisgünstig anbieten muss.

In den Kommunen liegen Exekutive und Legislative unmittelbar zusammen. Deshalb sind Kommunalmandate viel spannender als die reinen legislative Bundestagsmandate. Diese Spitze sei mir doch erlaubt.

Wie weit das gehen kann, möchte ich an einem negativen aktuellen Beispiel verdeutlichen: Köln ist – wie viele Kommunen – hoch verschuldet. Nach den vielen Kölner Korruptionsskandalen sind die vier bürgerlichen Partei jetzt auf die geniale Idee gekommen, dass die Stadt ein Spielkasino betreiben soll. Das sei eine wahre „Gelddruckmaschine“, war da zu hören.

Ich möchte an diese Stelle das Glücksspiel nicht verteufeln. Ich weiß ja nicht wie viele von Euch Lotto spielen. Ich möchte die Frage anders aufwerfen.

Die Kommune soll Not und Leid mindern, aber keine neuen produzieren, dafür müssen wir eintreten.

Wir brauchen moderne, qualitativ hochwertige und preisgünstige Dienstleistungen und eine Versorgung mit öffentlichen Gütern – und dazu gehören keine Spielkasinos und keine Tabak-

und Alkoholfabriken. Wir kämpfen für Freizügigkeit, Toleranz, Integration und Solidarität.

Soziale und solidarische Politik in den großen Metropolen kann man nur gestalten, wenn eine Grundversorgung mit öffentlichen Gütern von eigenen städtischen Unternehmen bereitgestellt werden kann. Kommunales Eigentum vor Privatisierungen zu schützen und zu erhalten, ist auch ein Beitrag gegen Sozialabbau.

Gerade in den pulsierenden Metropolen ist z.B. der städtische Besitz an kommunalen Wohnungen wichtig. Nicht nur um Flüchtlingen und Obdachlosen ein Dach über den Kopf zu geben, was ein Privater nie tun würde, sondern auch um zu erreichen, dass wir Mieten haben, die bezahlbar sind und dass es überhaupt einen fairen Zugang zum Wohnungsmarkt gibt.

Gerade in den Großstädten, in die immer mehr Menschen ziehen, kann die Stadt durch die Bereitstellung von preiswertem Grund und Boden den Bau von preiswerten Wohnungen maßgeblich steuern.

Am Donnerstag werden SPD, Grüne und Die Linke Köln im Kölner Stadtrat beschließen, dass die Stadtverwaltung dafür Sorge tragen muss, dass im nächsten Jahr 1.000 Wohnungen mehr gebaut werden als im vergangenen Jahr. Das wird die Baukosten um 150 Mio. Euro erhöhen.

Rechnet man die volkswirtschaftliche Gesamtwirkung, steigen die Gesamtkosten um 345 Mio. Euro auf 1,6 Mrd. Euro. Ich glaube, dass diese Zahlen deutlich machen, dass kommunale Wohnungspolitik die örtliche Wirtschaft tendenziell ankurbeln kann.

Vor allem die Linke in den alten Bundesländern muss sich neben dem Kampf gegen den Sozialbau verstärkt auch mit kommunaler Wirtschaft und dem Dienstleistungsangebot der Stadtverwaltung befassen. Von einer guten kommunalen Wirtschaftspolitik können alle partizipieren.

Wir müssen uns in den Kommunen darum kümmern, dass das Beteiligungs- und Finanzmanagement verbessert wird. Es kann nicht angehen, dass die Stadtverwaltungen häufig teure Gutachten erstellen und sich dabei schlecht beraten lassen. Eine gute städtische Finanzverwaltung braucht vor allem gute und qualifizierte Beschäftigte. Dann kann die Kommune viel Geld sparen.

Wir müssen eine Politik gegen riskante Finanzgeschäfte und Prestigeobjekte entwickeln, sie sind Nährboden für Korruption.

Wir müssen uns dafür einsetzen, die Möglichkeiten der Rechnungsprüfungsämter und der Antikorruptionsbeauftragten gestärkt werden. Wir brauchen mehr Transparenz und unmittelbare Bürgerbeteiligung durch einen Bürgerhaushalt.

Einladung zur Linken Winterschule 2005/2006

Seit 1992 führt die Arbeitsgemeinschaft „Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ in und bei der Linkspartei.PDS zweimal jährlich die Linke Schule durch, auch in diesem Winter wieder mit drei Kursangeboten.

Wir laden alle Interessierten ein, an der Linken Winterschule vom 5. bis 8. Januar in Sondershausen teilzunehmen.

Kurs Wirtschaft

Arbeitsvertrag und Lebensqualität

Wegen der Zuspitzung der Ereignisse im Frühsommer haben wir im Sommerkurs Fragen der Konjunktur- und Wachstumspolitik thematisiert. Die Bundestagswahlen haben dann ergeben, dass die Wählermehrheit das von der Union und besonders der FDP aufgestellte Ziel der gesetzlichen Deregulierung der Arbeitsverträge ebenso wie die angepeilte Entmachtung der Betriebsräte und der Gewerkschaften ablehnt. Andererseits hat die daraus folgende Große Koalition zu ihrem Start einen erheblichen Spielraum erhalten, für den Lebensstandard bedeutsame staatliche Leistungen zurückzuschneiden. Andererseits werden Forderungen lauter, dem Treiben der Kapitalseite staatliche Riegel vorzuschieben, ein wichtiger Punkt ist der in der BRD erstmals ernsthaft diskutierte gesetzliche Mindestlohn.

Nachdem wir uns im letzten Winter vor allem mit den Preisbildungsprozessen beschäftigt hatten, die zu Ausprägung sehr verschiedener Lohn- bzw. Gehalts-Plateaus führen, soll es diesmal darum gehen, wie weit diese marktförmigen Prozesse durch politische Bestimmungen beeinflusst werden können.

Thematisierung des Kurses

1. Rückblick auf die Ergebnisse des letzten Winters, Preisbildungsprozesse für abhängig Beschäftigte. Sichere Ergebnisse, offene Probleme (Vortrag und Diskussion)
2. Die industrielle Reservearmee, ein Phänomen des 19. Jahrhunderts, kehrt zurück. Ursachen dieses sozialen Skandals im 19. Jahrhundert. Blick auf die Zeit der sog. Vollbeschäftigung. Industrielle Reservearmee heute. Wir wollen versuchen, dieses Thema sozialgeschichtlich zu betrachten, dabei wird die von Marx im Kapital gegebene Analyse einen guten geschichtlichen und methodischen Ausgangspunkt bieten. Daran anschließend wollen wir uns mit der aktuellen Situation auf dem hiesigen Arbeitsmarkt befassen, der Entwicklung von Differenzierung und Prekarisierung und anderen Tendenzen zur Zurückdrängung der

sog. „Normalarbeit“. Darauf folgend wollen wir uns mit der Tendenz zur biografischen Verfestigung eines Arbeitsmarktphänomens zum persönlichen Schicksal auseinandersetzen sowie mit den Tendenzen zu rassistischen Deutungen.

3. Gesetze, die den Korridor zulässiger individueller bzw. kollektiver Arbeitsverträge einengen, müssen politisch durchgesetzt werden. Die möglichen bzw. sinnvollen Inhalte solcher Gesetze ergeben sich aus Erfahrungen im Konflikt von Lohnarbeit und Kapital. Gerade weil und so weit die Verwertungsprozesse international vergleichbare, vom konkreten kulturellen Umfeld immer unabhängige Form annehmen, können über die Traditions- und Kulturschranken hinweg verständliche Normen von internationaler Gültigkeit entwickelt werden.

Hierbei werden wir wiederum ein sozialgeschichtlichen Ansatz wählen. Wir werden zunächst auf den Kampf um den Normalarbeitstag zurückgehen, uns sodann mit der Frage beschäftigen, wieso die Strategie der immer weiteren Verkürzung des Normalarbeitstages an Grenzen gestoßen ist und welche international tragfähigen Normierungen sich heute abzeichnen. Dabei gehen wir davon aus, dass die EU spezifisch günstige Bedingungen für die Entwicklung solcher Forderungen bietet, da einerseits die Sprach- und Kulturgrenzen sich immer noch hoch darstellen, andererseits der Kampf um die Meinungsbildung in den Institutionen der EU dann doch Anhaltspunkte bietet.

4. Abschließend wäre zu prüfen, welche Konflikte sich in diesen Zusammenhängen zwischen den sozialen und politischen Bewegungen und den Regierungen, besonders der Großen Koalition hier in der BRD, abzeichnen.

Für die Vorbereitungsgruppe:

Martin Fochler, Rüdiger Lötzer

AG Geschichte

„Antifaschistisch-demokratischer Neuanfang 1945 und danach?“

Als am 8. Mai 1945 die Waffen schwiegen, lagen große Teile Europas und Deutschlands in Trümmern. Diese Trümmer waren nicht nur materieller, sondern auch geistiger Art. 12 Jahre Nazidiktatur hatten ihre Spuren nicht nur in der Landschaft, sondern auch in den Köpfen hinterlassen. Während die verschiedenen politischen Richtungen, insbesondere auch die beiden Arbeiterpar-

teien, im Exil Pläne und Konzeptionen für einen Neubeginn ausgearbeitet hatten, während die nun in Deutschland die Macht übernehmenden Siegermächte über die weitere Zukunft des Landes berieten, begannen von unten her Menschen unterschiedlicher Weltanschauungen das Leben wieder in Gang zu setzen. Das Interessante ist, dass dieser Neuanfang „nicht aus dem Bauch“, sondern auf Grundlage eigener Überlegungen basierte. Dieser Neuanfang von unten wird ein Schwerpunkt der Winterschule 2006 sein, wenngleich wir dabei immer mitbeachten müssen, dass „nicht von unten, vom Willen der geprüften Menschen her, sondern von oben, von den Zentralen der mächtigen Sieger, die weitere Entwicklung bestimmt wurde“ (Peter Weiss).

Die AG Geschichte wird sich in Texten, Dokumenten und Quellen mit antifaschistisch-demokratischen Neuanfängen bzw. den Versuchen dazu sowie dem Weiterwirken faschistischer Kontinuitäten in verschiedenen Bereichen der Gesellschaft befassen. So soll der antifaschistische Neuanfang an konkreten Beispielen vor Ort (z.B. Elmsborn, Gera) ebenso wie an Hand unterschiedlicher Konzeptionen zum Neubeginn (z.B. Buchenwalder Manifest) untersucht werden. Am Beispiel Thüringens während der Jahre 1945–1948 wird der Neubeginn im Bereich des Bildungswesens thematisiert.

Für die westlichen Besatzungszonen und die BRD wird deutlich, dass antifaschistische Neuanfänge sehr schnell von den staatlichen Stellen zurückgedrängt werden – nicht selten mit Billigung der West-Alliierten – zugunsten struktureller und personeller Kontinuitäten. Diesen Entwicklungen wird in den Bereichen Verwaltung, Justiz sowie Sozialstaat und Wirtschaft – auch an konkreten Beispielen – nachgegangen; ebenso werden Hintergründe des (angeblichen) „Wirtschaftswunders“ beleuchtet. Die Diskussion wird offen sein für Fragen nach Bezügen zu aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen.

Die Lesematerialien können auf Wunsch vorab zur Verfügung gestellt werden.

Die Vorbereitungsgruppe

Kurs Philosophie

Sozialstaat und Emanzipation

Nicht weniger Aktualität als das Thema der Sommerschule (Interkulturelles Zusammenleben¹ hat der Stoff, den wir uns für den Winterkurs vorgenommen haben: Sozialstaat und Emanzipation. Die gegenwärtigen heftigen Ausein-

andersetzungen um die Umkrempelung der Sozialstaatsstrukturen zwingen zu grundsätzlicheren Überlegungen: In der Linken ist die Vorstellung verbreitet, dass der Kampf um die Bewahrung oder sogar den Ausbau des Sozialstaats politische Notwendigkeit sei. Diese Auffassung kann sich aufdrängen, wenn Meldungen wie jetzt gerade die Entlassung von 2000 AEG-Beschäftigten in Nürnberg nicht abreißen. Wir wollen untersuchen, ob die grundlegenden Bedürfnisse, die als Ansprüche gegenüber der Gesellschaft bestehen, mit den Konzept des Sozialstaats befriedigt werden können. Diese Diskussion gibt es schon immer innerhalb der Linken. Es ist unter den Bedingungen, dass viele Menschen diese Bedürfnisse haben und der Staat sich als zunehmend zahlungsunfähig erweist, um so drängender, das Konzept Sozialstaat zu untersuchen.

Gegenüber dem Sozialstaat definiert man sich als Bedürftiger und nicht als tätiger Mensch. Obwohl der Sozialstaat für denjenigen, der ihn in Anspruch nehmen muss, als Weg zur Emanzipation erscheint, ist genau dies fraglich. Die zugrunde liegenden Bedürfnisse müssen sich auf andere Weise Geltung verschaffen. Basierend auf dem Sozialstaat scheint es doch so zu sein, dass alles Selbsttätige abgestraft wird. Das Angewiesensein auf die staatliche Fürsorge macht aus dem Subjekt der Lebensgestaltung ein Objekt des Sozialstaates. Im Gegensatz dazu ist eine emanzipatorische Perspektive notwendig.

Dass es begründete und berechnete Ansprüche an die Gesellschaft gibt, ist unbestritten. Dass es aber der Staat sein muss, der es dann richtet, ist nicht zwangsläufig. Offensichtlich ist die Gesellschaft nicht in der Lage, diese Dinge zu regeln. Unterdessen gibt es aber auch die Ansätze, die dem Ausgeliefertsein Selbsttätigkeit entgegensetzen. Das wollen wir ebenfalls näher untersuchen.

Aufgrund der Perspektive, dass ein nicht unbeachtlicher und eher wachsender Teil der Gesellschaft direkt betroffen ist und auch bleiben wird, werden sich die Fronten eher verhärten, was sich auch im juristischen Diskurs über den Sozialstaat widerspiegelt.

Die Texte, anhand derer wir diskutieren wollen, liegen noch nicht fest. Neben sowohl aktuellen Beiträgen als auch Stammtexten, die sich auf das Grundgesetz beziehen und den Sozialstaat bzw. sozialen Rechtsstaat behandeln, soll die Befassung mit ei-

nem klassischen Text Grundlage für den Einstieg in das Thema sein.

Für die Vorbereitungsgruppe: evd

1 Textvorlagen waren u.a.: S. Huntington „Der Kampf der Kulturen“, E. Said: „Kultur und Imperialismus“

Wann?

Donnerstag, 5., bis Sonntag, 8. Januar 2006. Der Kurs beginnt am Donnerstag um 14 Uhr und endet je nach Absprache spätestens im Laufe des Sonntagvormittags.

Wo?

Jugendwohnheim Juventas, Güntherstr. 26-27, 99705 Sondershausen, Telefon (0 36 32) 78 22 59

Die Übernachtung kostet pro Person und Tag im Doppelzimmer 17 Euro, im Einzelzimmer 22 Euro. Die Kosten für die Verpflegung belaufen sich auf je 5 Euro für Frühstück, Mittag- und Abendessen. Wünsche für Einzelzimmer oder Doppelzimmerbelegung bitte dieses Mal bei der Anmeldung mit angeben.

Anmeldung möglichst bald und verbindlich bei:

Christiane Schneider, c/o GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel (0 40) 43 18 88 20, Fax (0 40) 43 18 88 21, eMail: gnn-hhsh@hansenet.de

Einladung zur Mitgliederversammlung der ArGe „Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“

Freitag, 6. Januar, 19.00 Uhr, Jugendwohnhaus Juventas, Sondershausen

Tagesordnungsvorschlag

1. Parteibildungsprozess
2. Wahlen: 1. des/r Sprecher/in der ArGe und 2. des/r Parteitagsdelegierten
3. Verschiedenes

Für die ArGe: Christiane Schneider



Leseempfehlung

Überraschende Einsichten

Das Dogma des „ethnischen Gleichgewichts“ zwischen den Volksgruppen hat Jugoslawien zerstört. Das ist die Hauptthese, die Norbert Mappes-Niediek in seinem neuesten Buch „Die Ethno-Falle / Der Balkan-Konflikt und was Europa daraus lernen kann“ nachdrücklich vertritt. Der Autor analysiert den blutigen Zerfall Jugoslawiens und konstatiert, dass er keine Wiederkehr lange verdrängter Konflikte, sondern das konsequente Ende eines historischen Irrweges war. Er lässt auch den Nationalismus in dem einen wie dem anderen ethnischen Kreis nicht als Ursache für die kriegerischen Auseinandersetzungen auf dem Balkan gelten. Eine weit verbreitete Ansicht in Europa.

Seit Tito 1945 die Macht im Staate übernommen hatte, proklamierte er die Ausmerzung der ethnischen Gegensätze. Zweifelsohne eine ehrliche Absicht. Er vertrat die sog. Quotierung als Staatsdoktrin. Danach mussten in jedem Staatsorgan, in der Wirtschaft und Gesellschaft alle drei Ethnien gleichberechtigt vertreten sein. Die angemessene Vertretung der Ethnien in Legislative, Exekutive und Judikative war gesetzlich verankert. Die Völker Jugoslawiens hatten die gleichen Rechte bei der Beschlussfassung, sowie die Autonomierechte in Erziehung und Bildung, Religion, Sprache, Kulturförderung und im System der öffentlichen Information. Alles durfte nur geändert werden, wenn die Mehrheit jedes Einzelnen der drei „konstituierenden Völker“ auch zustimmte. Das Prinzip der ethnischen Balance ließ prinzipiell Mehrheitsentscheidungen nicht zu.

Mappes-Niediek belegt seine populärwissenschaftlichen Untersuchungen an Hand zahlreicher Beispiele. Große Widersprüche gab es zwischen den sog. „Technomanagern“, die ganz pragmatisch an die Lösung der Probleme in der Wirtschaft herangingen, und den Wächtern über die Rechte der Völker, den Partei-Ethnarchen. Der Chef des Textilkonzerns Tetex im mazedonischen Tetovo beschäftigte zu mehr als zwei Dritteln Mazedonier, obwohl in Tetovo 80 Prozent Albaner leben. Er stelle eben streng nach Qualifikation ein, seine Begründung. So kam das ethnische Ungleichgewicht in diesem Betrieb zustande. Gleiches ist aus dem ehemaligen Volkswagenwerk in Sarajevo und vielen Betrieben Serbiens bekannt geworden.

Aus der heutigen Sicht passen eben Demokratie und ethnisches Gleichgewicht nicht zusammen. Auch die Serben, die Bosnier und Kroaten werden erkennen müssen, dass Mehrheitsentscheidungen und das bisherige Prinzip

der ethnischen Balance prinzipiell nicht zu einander passen. Im Übrigen: es gab in Jugoslawien nie ethnisch sortierte Parteiorganisationen. Der Kommunistische Partei Jugoslawiens ging es immer um das „Was“ und nicht um das „Wer“.

Die überraschenden Einsichten des Autors sind nicht nur für den aktuellen Streit um den „Multikulturalismus“ in Europa von Bedeutung. Sie könnten sicherlich auch hilfreich bei der Suche nach einer gemeinsamen Strategie der Europäischen Union sein. Die Unruhen in Frankreich machen das deutlich.

Ein anspruchsvolles Buch, das es sich zu lesen lohnt.

Franz-Karl Hitze

Norbert Mappes-Niediek: Die Ethno-Falle / Der Balkan-Konflikt und was Europa daraus lernen kann / Ch. Links-Verlag Berlin, 2005, 223 Seiten, 14,90 €, ISBN 3-86153-367-7

Veranstaltungsbericht

Differenz ist kein Hindernis für Solidarität

Der Hannoveraner Soziologe Michael Vester, der die Milieu-„Landkarte“ des französischen Soziologen Pierre Bourdieu in der Untersuchung der deutschen Klassengesellschaft fruchtbar gemacht hat¹, referierte Anfang November im Frankfurter Gewerkschafts- haus zu den Konsequenzen seiner Forschungen für die gewerkschaftliche Organisation.

Der offenbare Niedergang des gewerkschaftlichen Organisationsgrades werde landläufig über das so genannte „Individualisierungsschema“ interpretiert. Danach teilen sich die Lohnabhängigen in „Gewinner“ und „Verlierer“ der technischen und gesellschaftlichen Umwälzungen. Während erstere der Verbürgerlichung und Individualisierung anheim fielen, würden letztere dequalifiziert, demoralisiert und fragmentiert. Im Gegensatz dazu stehe die gute alte Zeit des „tayloristischen Massenarbeiters“, dessen gemeinsame Interessen den

fruchtbaren Boden der Organisierung bildeten – eine „mythologische Interpretation“ laut Vester.

Festzustellen sei in der Tat eine „Krise der repräsentativen Politik“ aller Großorganisationen – im Gegensatz zu einer gewachsenen Bereitschaft zum Engagement für andere! Von einer Entkopplung von Alltagserfahrung und Mentalität könne gerade in der alltäglichen Lebensführung und im Beruf keine Rede sein, diese sei aber nicht unmittelbar in Politik übersetzbar. Die Bildungsexpansion der 60er und 70er Jahre habe die kulturellen Kompetenzen verstärkt, die Arbeitnehmermilieus in sich differenziert, nicht aber aufgelöst. Von 1982 bis 2003 sei das „autoritäre Arbeitnehmermilieu“ geschrumpft, das „moderne Arbeitnehmermilieu“ und das „gehobene Dienstleistungsmilieu“ gewachsen (zur Verortung der Milieus siehe Schaubild², oval: Prozentzahlen für Abitur/Hochschulabschluss im jeweiligen Milieu, fett: Prozentsätze der Organisierung laut Referatsmitschrift). Übrigens hätten in den letzten 40 Jahren nur die 4% „gehobenen Dienstleister“ einen echten sozialen Aufstieg gemacht.

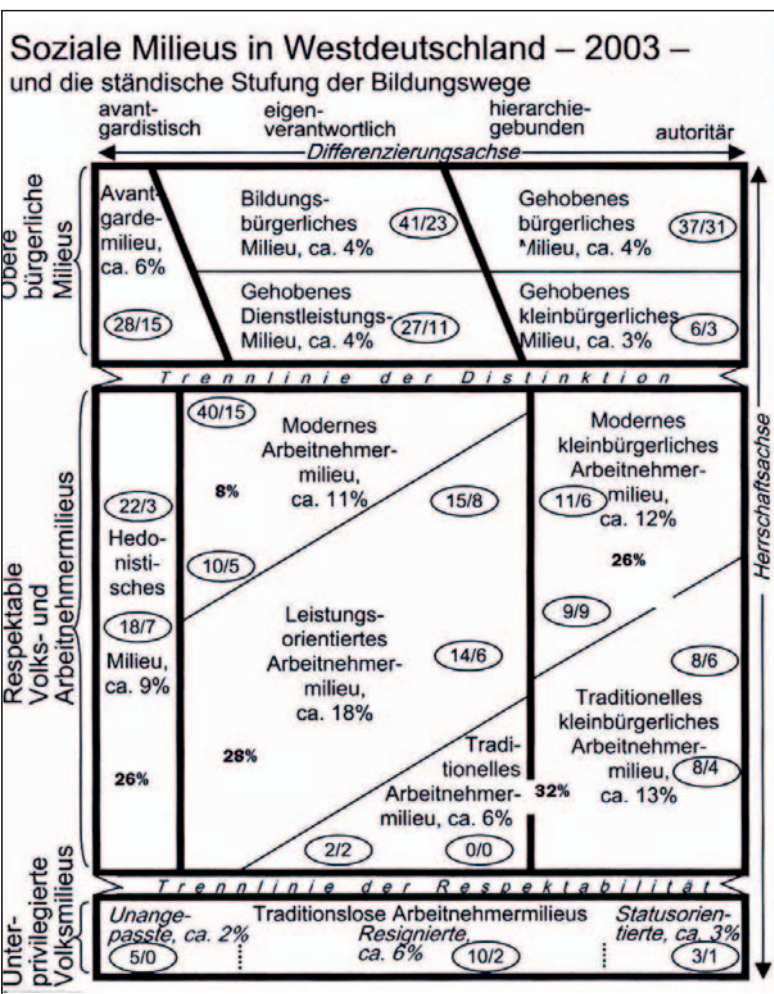
Hauptaugenmerk legte Vester in seinem Beitrag auf das gewerkschaftlich schlecht organisierte „moderne Arbeitnehmermilieu“, ein rasch wachsendes Milieu von technischen, Organisations-

„Gesundheits- und sozialen Berufen, wo Initiative zur Weiterbildung und Organisation notwendig sei. Der Beruf der Krankenschwester sei ein Beispiel für eine enorme Zunahme von Fachkompetenz, Eigenverantwortung, Initiative und Organisationsfähigkeit. Diese Kompetenzerweiterung müssen sich Krankenschwestern in Deutschland bei gleichbleibend schlechter Bezahlung autodidaktisch erarbeiten, ganz im Unterschied zu Schweden oder den Niederlanden, wo einer wissenschaftlichen Qualifizierung die bessere Bezahlung dieser „Semiprofessionellen“ folgt.

Während die Anteile der ungelernten Gruppen, die die Gewerkschaft als „Schutzmacht“ betrachten, schrumpfen, wachsen die Anteile der qualifizierten Gruppen. Diese entwickelten einen „reflexiven, argumentativen, langfristigen Habitus“ und ein Arbeitsethos der „guten Arbeit“, des Gebrauchswertes. Daraus resultiere eine Kritik an Produktionssystemen, die unter dem Diktat von Budget und Zielvereinbarungen zur Ablieferung von Halbfertigprodukten führen. Sicherheit und Berechenbarkeit der Verhältnisse erwarten auch sie mit zunehmendem Alter und schätzen Familien- und Vereinsleben. Gegenüber Gewerkschaften oder Betriebsräten vertreten sie das Ethos der Selbstachtung: „erst sich selbst helfen, bevor man sich helfen lässt“.

Daher dürften die Gewerkschaften nicht erwarten, dass diese Gruppen gleich zu Beginn ihrer Berufstätigkeit gewonnen werden können, dennoch sei wichtig, sie in Lehre oder Studium zu begleiten. Die Gewerkschaft müsse ein Stück ihrer Lebenswahrnehmung sein. Die vor allem zu Zeiten der „new economy“ gehegte Vorstellung der Gewerkschaft als Dienstleister sei aber nicht tragfähig, entscheidend sei nach wie vor das Vertrauen zu den handelnden Personen sowie kollektive tarifpolitische Ansätze, wie z.B. das Pforzheimer Abkommen zur Weiterbildung.

gst



1 Siehe Michael Vester u.a., Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel, Frankfurt am Main 2001

2 aus: Michael Vester, Der Wohlfahrtsstaat in der Krise. Die Politik der Zumutungen und der Eigensinn der Alltagsmenschen, in: Franz Schultheis, Kristina Schulz (Hg.), Gesellschaft mit begrenzter Haftung – Zumutungen und Leiden im deutschen Alltag, Konstanz 2005, S.21 ff.

5. bis 8. Januar. Sondershausen / Thüringen. *Linke Winter-schule. Kurs Wirtschaft:* Arbeitsvertrag und Lebensqualität. *Kurs Philosophie/Soziologie:* Wohlfahrtsstaat – Subsidiarität oder Alimentation. *Kurs Geschichte:* Antifaschistisch-demo-kratischer Neuanfang 1945 und danach? Ausführlich siehe Seite 21.

14. Januar. Straßburg. *Demonstration gegen Bolkestein-Richtlinie*, vor deren Verabschiedung im Europäischen Parla-ment. Veranstalter: attac u.a. näheres www.attac.de

24. bis 29. Januar. Sechstes Weltsozialforum. Zum ersten Mal wird es allerdings nicht ein zentrales Forum geben, sondern drei Teilforen in verschiedenen Kontinenten. Ein Treffen fin-det in Bamako (Mali/Afrika) statt, eines in Karachi (Paki-stan/Asien) und das dritte in Caracas (Venezuela/Amerika). Die Vorbereitungen laufen auf Hochtouren, werden doch in den Städten jeweils zehntausende Aktivistinnen und Akti-visten aus den verschiedensten Teilen der sozialen Bewegun-gen erwartet. TeilnehmerInnen, Organisationen, HelferInnen und JournalistInnen werden aufgefordert, sich für Aktivitä-ten zu registrieren (www.wsf2006.org). Aus verschiedenen Kritiken heraus finden außerdem zwei Alternativforen in Ve-nezuela statt.

Hinweis:

Die nächste Ausgabe der Politischen Berichte, Nummer 1/2006, erscheint erst in vier Wochen am 12. Januar 2006. Wir wünschen erholsame Feiertage.

Vorschau auf Wahlen

Jahr	Monat	Land		Ter-min	Wahl-periode
2006	März	Hessen	Kommunal	26.3.	5 Jahre
	März	Baden-Württemb.	Landtag	26.3.	5 Jahre
	März	Rheinland-Pfalz	Landtag	26.3.	5 Jahre
	März	Sachsen-Anhalt	Landtag	26.3.	4 Jahre
	Sept.	Niedersachsen	Kommunal	10.9.	5 Jahre
	Sept.	Meck.-Pomm.	Landtag	17.9.	4 Jahre
	Sept.	Berlin	Landtag	17.9.	5 Jahre
2007	Frühj.	Bremen	Landtag		4 Jahre

Quelle: www.bundeswahlleiter.de

Sprengstoff in München

Vor zwei Jahren, zum 9. November 2003 wollten Münchner Neonazis der „Kameradschaft Süd“ die Grundsteinlegung für das neue jüdische Gemeindezentrum am St.-Jakobsplatz in München angreifen. Die Pläne flogen auf, der lokale und internationale Medienwirbel war enorm. Informationen und Fakten sind allerdings eher seltener publiziert worden, und seit den Prozessen gegen Martin Wiese & Co. ist das Thema rechtsterroristischer, rechter und antisemitischer Gewalt



A.I.D.A.-Archiv (Hg.)

Sprengstoff in München

Martin Wiese, Kameradschaft Süd, NPD

a.i.d.a.
antifaschistische
informations-
& archivstelle
münchen e. V.

vollständig aus den Münchner Medien verschwunden. Die „Süddeutsche Zeitung“ beispielsweise schreibt zwei Jahre nach den neonazistischen Bombenattentatsplänen allen Ern-stes im Lokalteil „linke Schläger gegen rechte Taktierer“. Die Antifaschistische Informations-, Dokumentations- & Archiv-stelle München (A.I.D.A.-Archiv e.V.) hat jetzt unter dem Ti-tel „Sprengstoff in München. Martin Wiese, Kameradschaft Süd, NPD“ eine detailreiche Broschüre vorgelegt, die die Vor-gänge um die „Kameradschaft Süd“ noch einmal aufrollt: Mitglieder der Schutzgruppe und ihre Aktivitäten, der Waf-fen- und Sprengstoffbeschaffung, die Attentatsvorhaben, schlussendlich die Prozesse gegen einen Teil der Beschuldig-ten. Ausführliche Recherchen widmen sich den Ungereimt-keiten um die Bespitzelung der Münchner Linken durch die neonazistische Anti-Antifa-AG und die Aktivitäten von Di-dier Magnien, französischer Rechtsterrorist und V-Mann des bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz. Aktuelle Bezüge werden in der mit Unterstützung des Kurt-Eisner-Vereins herausgegebenen Publikation nicht ausgespart: Der heutige Kameradschaftsführer Norman Bordin sowie der NPD-Kreisvorsitzende Roland Wuttke werden portaitiert und zahlreiche Münchner und bayerische neonazistische Gruppen charakterisiert. Hierbei werden Verbindungslinien der heute aktiven neonazistischen Gruppen und Aktivisten zur rechtsterroristischen Struktur um Martin Wiese deutlich. Die Broschüre enthält neben solchen materialreichen Arti-keln auch eine ausführliche journalistische Reportage über Anklam, die Heimatregion Martin Wieses und die dortigen neonazistischen Aktivitäten. Die AutorInnen von A.I.D.A. ge-ben den LeserInnen auch durch das veröffentlichte Material einen Einblick in ihre vielfältige Sammlung als antifaschis-tisches Archiv: so ist ein internes Fotos einer Naziveranstal-tung genauso in der Broschüre zu finden wie ein Protokoll der NPD, Bilder von neonazistischen Demonstrationen genauso wie eine Kopie des Passes des V-Manns Didier Magnien. **A.I.D.A.-Archiv (Hg.) Sprengstoff in München.** Martin Wiese, Ka-meradschaft Süd, NPD. 40 S., zahlr. Abb. 2,50 Euro. Erhältlich bei A.I.D.A.-Archiv, Postfach 400123, 80701 München, info@aida-archiv.de.